

Berichte

2016

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Difu

Deutsches Institut für Urbanistik

	Standpunkt	13	Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit
2	Plädoyer für eine aktive Bodenpolitik der Kommunen	14	Städtebauförderung: Beantragung, Bewilligung und Abrechnung
	Forschungsergebnisse und Veröffentlichungen	14	Städtebaulicher Denkmalschutz unter der Lupe
4	Wege zu nachhaltiger Mobilität		Veranstaltungen und Fortbildung
5	Pendeln mit Rückenwind – Praxisleitfaden zu Pedelecs & Co	15	Veranstaltungsvorschau
6	Vom Energiebeauftragten zum Energiemanagement	16	Kommunale Vielfalt gewinnt an Profil! Klein- und Mittelstädte stellen sich aktuellen Herausforderungen
7	Klimaschutz und Fläche	17	Krisenintervention und Inobhutnahme in der Kinder- und Jugendhilfe
8	Klimaanpassung und Klimaschutz für Bauherren	18	Kinder und Jugendliche nicht zu „Systemsprengern“ werden lassen
8	Mischen impossible? Soziale Vielfalt, Nutzungsvielfalt – Wege zu urbanen Stadtquartieren	19	Kommunale Liegenschaftspolitik
9	Klimaschutz in der Stadt- und Regionalplanung		Weitere Rubriken
	Neue Projekte	20	Emmendingen neu im Kreis der Difu-Zuwenderstädte!
10	SK:KK: Zentrale Anlaufstelle für kommunalen Klimaschutz am Difu	21	Difu intern: Abschied und Neubeginn
12	Forschungs-Praxis-Projekt zu Umweltgerechtigkeit	23	Neu im Difu-Inter- und -Extranet
12	Kommunale Überflutungsvorsorge: „Planer im Dialog“	24	Difu aktiv-Ticker
13	Schlüsselakteure bewegen kommunalen Klimaschutz	25	Mediennachlese
		26	Impressum
		27	Bestellschein

Plädoyer für eine aktive Bodenpolitik der Kommunen



Prof. Dipl.-Ing. Martin zur Nedden
Foto: David Ausserhofer



Prof. Dr. Arno Bunzel
Foto: David Ausserhofer

Die heutige Stadtpolitik steht vor zentralen Herausforderungen: Klimawandel, Schutz der natürlichen Ressourcen, Auffangen sozialer Ungleichheiten, soziale Wohnraumversorgung, Umgang mit Zuwanderung, Handling von Gebäudeleerständen und entstehenden Brachflächen.

Erforderlich ist ein ökologisch verantwortlicher, ressourcenschonender, aber auch ökonomisch effizienter wie sozial ausgewogener Umgang mit der Fläche. Städte sollen sich vorrangig nach innen entwickeln, Brachflächen einer neuen Nutzung zugeführt und die Möglichkeit zur Nachverdichtung genutzt werden. So ökonomisch und ökologisch sinnvoll diese Ziele sind, bislang fehlt häufig der Zugriff auf die Flächen. Eigentümer wollen oft aus spekulativen oder anderen Gründen nicht selbst entwickeln oder verkaufen.

Zugleich ist in einer Reihe von Städten der Druck auf dem Wohnungsmarkt stark gewachsen. Mieten und Immobilienpreise steigen, das Angebot an preiswertem Wohnraum für Bevölkerungsgruppen mit niedrigem, zum Teil auch mit mittlerem Einkommen, wird knapp. Verdrängung weniger zahlungskräftiger Bevölkerungsgruppen, d.h. eine soziale Entmischung, ist nur eine Folge. Der Mangel an preiswertem Wohnraum wird sich verstärken, wenn eine große Zahl von Geflüchteten und Asylsuchenden nach der Zeit der Erstunterbringung auf den normalen Wohnungsmarkt trifft. Zwar hat die Bautätigkeit zumindest in den wachsenden Kommunen spürbar angezogen, überwiegend werden allerdings Eigentumsmaßnahmen im mittleren und höheren Preissegment umgesetzt. Es fehlen Angebote für Personen mit durchschnittlichen oder niedrigen Einkommen. Ein nicht unerheblicher Faktor der Baukosten sind die Grundstückspreise. Diese wiederum lassen sich am wirkungsvollsten durch eine aktive Bodenpolitik der öffentlichen Hand beeinflussen. Einige Länder haben zudem neue Förderprogramme für den sozialen Wohnungsbau aufgelegt. Angesichts des derzeitigen Zinsniveaus sind diese aber eher unattraktiv und entfalten Wirksamkeit nur im Rahmen kommunaler Baulandmodelle.

Wie kann daher eine am Gemeinwohl ausgerichtete, nachhaltige Stadtentwicklung gelingen? Städte müssen die Nutzung von Grund und Boden im Sinne der Gemeinwohlerfordernisse gestalten. Dies gelingt nicht allein

durch städtebauliche Planung, welche einen als Angebot wirkenden Ordnungsrahmen setzt. Es bedarf einer umfassenderen, auch den Umsetzungsanspruch fixierenden kommunalen Bodenpolitik, die in vielen Kommunen in Vergessenheit geraten zu sein scheint. Dabei hat schon in den 1920er-Jahren Konrad Adenauer als damaliger Oberbürgermeister von Köln festgestellt: „Wir leiden nach meiner tiefsten Überzeugung in der Hauptsache in unserem Volk an der falschen Bodenpolitik der vergangenen Jahrzehnte. Ich betrachte diese falsche Bodenpolitik als die Hauptquelle aller physischen und psychischen Entartungserscheinungen, unter denen wir leiden. ... Die bodenreformerischen Fragen sind nach meiner Überzeugung Fragen der höchsten Sittlichkeit“ (zitiert nach: Mitscherlich 1972). So überrascht es nicht, dass im Rahmen des von Bund, Ländern und Verbänden initiierten Bündnisses für bezahlbares Bauen und Wohnen der essentielle Beitrag einer kommunalen Bodenpolitik erkannt und eine Arbeitsgruppe „Aktive Liegenschaftspolitik“ gebildet wurden (BMUB 2015a).

Wachsende und schrumpfende Städte müssen die Notwendigkeit einer aktiven, entschlossenen Bodenpolitik (wieder)erkennen, Kommunen die bestehenden Handlungsspielräume für eine Kommunale Bodenpolitik nutzen, Bund und Länder Rahmenbedingungen wie das Städtebaurecht und fiskalische Anreizinstrumente weiterentwickeln.

Kommunale Bodenpolitik forcieren

Das kommunale Eigentum an Grund und Boden ist mehr als eine fiskalpolitische Option zur Überbrückung von Engpässen im Haushalt. Die Rolle des Grundstückseigentümers ermöglicht es Städten frei zu disponieren. Grundstücke können an diejenigen veräußert werden, welche sich zur Umsetzung der im Interesse des Gemeinwohls verfolgten Ziele verpflichten. Die Wertschöpfung aus der Entwicklung der Grundstücke erfolgt durch die Kommunen und kann zur Finanzierung der Folgeinfrastruktur genutzt werden. Als Akteur am Immobilienmarkt können die Kommunen spekulationsgetriebenen Preisentwicklungen entgegenwirken. Einige Städte wie z.B. Ulm verfolgen bereits seit vielen Jahrzehnten und mit großem Erfolg eine auf Bodenbevorratung gestützte Stadtentwicklungspolitik. Als wichtige Bausteine einer solchen aktiven kommunalen Bodenpolitik sind insbesondere folgende herauszustellen:

- langfristige strategische Bodenvorratspolitik zur Sicherung von Entwicklungsoptionen,
- Zwischenerwerb von Grundstücken mit anschließenden Konzeptvergaben zur Schaffung von Bauland für bezahlbaren Wohnraum,
- Modelle kooperativer Baulandentwicklung auf der Basis städtebaulicher Verträge.

Vorteile dieser aktiven Bodenpolitik sind nicht zuletzt durch die AG Aktive Liegenschaftspolitik des Bündnisses bezahlbares Wohnen und Bauen beschrieben (BMUB 2015b). Die bestehenden Chancen sollten erkannt, aufgegriffen und umgesetzt werden.

Grundsteuer reformieren

Eine Grundsteuerreform wird seit Jahrzehnten diskutiert. Sie soll für eine gerechtere Besteuerung sorgen und Anreize zur Mobilisierung von Bauland schaffen. Dies brachte der Deutsche Städtetag in seinem Präsidiumsbeschluss zur Grundsteuerreform 2010 auf den Punkt: „... Zur Unterstützung der bodenpolitischen Ziele der Städte – insbesondere zur Förderung der sog. „Innenentwicklung“ – muss eine Tarifoption zur Mobilisierung erschlossener, aber unbebauter Grundstücke eingeführt werden“ (DST 2010). Bereits 2001 unterzog das Difu im Auftrag des Bundesbauministeriums verschiedene Modelle einer Grundsteuerreform auch unter dem Aspekt der Baulandmobilisierung einem Praxistest mit dem Ergebnis, dass eine Bodenwertsteuer prinzipiell dieser Zielsetzung gerecht werden kann (Lehmbruck/Coulmas 2001). Auch die aktuelle Veröffentlichung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln „Mehr Boden für die Grundsteuer – eine Simulationsanalyse verschiedener Grundsteuermodelle“ (Henger/Schaefer 2015) stützt das Difu-Untersuchungsergebnis. Zudem ist zu erwarten, dass es zu finanziellen Entlastungen von Mieterhaushalten kommt. Folgerichtig hat auch die AG Aktive Liegenschaftspolitik die „Einführung einer steuerlichen Option für Kommunen zur Mobilisierung von bebaubaren, aber unbebauten Grundstücken in der Grundsteuer“ empfohlen (BMUB 2015b).

Planungs- und Baurecht überprüfen und weiterentwickeln

Eine langfristig angelegte strategische und am Gemeinwohl ausgerichtete Bodenpolitik der öffentlichen Hand führt zur Frage, ob das vorhandene planungsrechtliche Instrumentarium für diese Politik ausreicht. Dabei muss ein effizientes Bodenrecht sowohl wachsende als auch schrumpfende Städte in ihren Bemühungen um eine nachhaltige Stadtentwicklung unterstützen. In den Blick zu nehmen sind diejenigen Instrumente, die zu

einer effektiven Baulandmobilisierung beitragen, wie das Baugebot und die Enteignung. Ihre Anwendung ist jedoch an enge Voraussetzungen gebunden, auf besondere Einzelfälle beschränkt und meist mit unverhältnismäßig großem Aufwand verbunden. Das gesetzliche oder durch Satzung begründete Vorkaufsrecht bleibt oft wirkungslos, weil es davon abhängt, dass Grundstücke veräußert werden. Die Umlegung kann hilfreich sein, benötigt aber passende Rahmenbedingungen. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen als schärfstes Schwert des Städtebaurechts erlauben die Entwicklung großer Areale als Gesamtmaßnahme auf der Basis kommunalen Zwischenerwerbs. Auch hier sind die Voraussetzungen hoch. Zudem sind finanzielle Risiken zu beachten.

Bei kleineren, in den Siedlungsbestand eingestreuten Brachflächen und Baulücken scheidet die Anwendung des städtebaulichen Entwicklungsrechts derzeit aus. Wichtige Entwicklungsoptionen bleiben so ungenutzt. Daher wird zurzeit über eine Weiterentwicklung des Rechts der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen nachgedacht (BMUB 2015a). Hier geht es um eine Ausdehnung des Anwendungsbereichs der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme auch auf kleinteiligere Fallgestaltungen oder um die Schaffung einer der Entwicklungssatzung nachgebildeten eigenständigen Satzung, mit der die Gemeinde Gebiete definieren kann, in denen ihr aus Gründen des Allgemeinwohls der Grunderwerb unter erleichterten Bedingungen bis hin zur Enteignung ermöglicht wird, wenn Grundstückseigentümer eine fehlende Mitwirkungsbereitschaft zeigen.

Insgesamt werden vorhandene und voraussichtlich auch neu zu schaffende bodenrechtliche Instrumente vergleichsweise „zurückhaltend“ genutzt werden. Es fehlen oft persönliche Kapazitäten, zum Teil auch die fachliche Qualifikation zur sachgerechten Anwendung. Die harten Eingriffe durch Gebote und Enteignung erfordern zudem Konfliktbereitschaft und (politischen) Willen. Erfolgreiche Bodenpolitik ist daher auch eine Frage der politischen Kultur. Hier gilt es, im Interesse des Gemeinwohls auch Mut zu beweisen.

Eine wirkungsvolle Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele sowie der Ziele einer sozialen Wohnungspolitik erfordert eine Weiterentwicklung des bodenrechtlichen Instrumentariums genauso wie das entschlossene politische Handeln der Kommunen. Angesichts der stark differierenden Rahmenbedingungen der räumlichen Entwicklung in der Bundesrepublik bedarf es eines vielgestaltigen Instrumentariums.

Quellen und Tipps zum Weiterlesen

- BMUB (2015a) – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit: Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen. Kernempfehlungen und Maßnahmen, Berlin 2015, <http://bit.ly/1T1UQkH> (Download 28.12.2015).
- BMUB (2015b) – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit: Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen. Empfehlungen der Arbeitsgruppen: AG aktive Liegenschaftspolitik, Berlin 11/2015, S. 3, <http://bit.ly/20QHeaO> (Download 28.12.2015).
- DST (2010) – Deutscher Städtetag: Grundsteuerreform. Beschluss des Präsidiums des Deutschen Städtetages, Berlin/Köln, 17.11.2010, <http://bit.ly/1Q67Rng> (Download 28.12.2015).
- Henger, Ralph und Thilo Schaefer (2015): Mehr Boden für die Grundsteuer. Eine Simulationsanalyse verschiedener Grundsteuermodelle (IW policy paper 32/2015), Köln 2015, <http://bit.ly/1PSJVfZ> (Download: 22.2.2016).
- Lehmbruck, Michael, und Diana Coulmas (2001): Grundsteuerreform im Praxistest (Difu-Beiträge zur Stadtforschung 33), Berlin 2001.
- Mitscherlich, Alexander (1972): Die Unwirtlichkeit unserer Städte, Frankfurt/Main 11. Aufl. 1972, S. 21.

Prof. Dipl.-Ing.
Martin zur Nedden
Telefon: 030/39001-214
E-Mail: zurnedden@difu.de

Prof. Dr. Arno Bunzel
Telefon: 030/39001-238
E-Mail: bunzel@difu.de

Wege zu nachhaltiger Mobilität

Gute Beispiele aus dem europäischen Ausland und Deutschland



In vielen europäischen Städten sind die vom motorisierten Individualverkehr (MIV) ausgehenden Belastungen nach wie vor zu hoch: Nicht nur Lärm und Luftschadstoffe beeinträchtigen Gesundheit und Lebensqualität, sondern auch die Trennwirkungen stark befahrener Straßen und der Flächenbedarf des ruhenden MIV. Vom Stadtverkehr gehen Unfallrisiken aus, und überlastete Verkehrsinfrastrukturen sind Ursache für Staus und Zeitverluste. Viele Städte versuchen mit unterschiedlichen Maßnahmen die verkehrsbedingten Belastungen zu reduzieren und die Mobilität zu gewährleisten. Dabei müssen sie sich mit drei wesentlichen Fragen auseinandersetzen:

- Was sind wirksame Maßnahmen für eine (dauerhafte) Änderung der Verkehrsmittelwahl?
- Wie können diese umgesetzt werden – auch in Anbetracht leerer Kassen, politischer Widerstände und einer kritischen Bevölkerung?
- Warum sind vergleichbare Maßnahmen in verschiedenen Städten unterschiedlich erfolgreich – und welche Konsequenzen ergeben sich hieraus für den individuellen Zuschnitt von Maßnahmen(-Paketten)?

Um Antworten auf diese Fragen – im Sinne von „Trittsteinen“ – zu finden, wurde unter dem Dach von „Era-net Transport“ die For-

schungsinitiative „Stepping Stones – Making Mobility Patterns more Sustainable“ ins Leben gerufen. Das Hauptaugenmerk der Stepping-Stones-Initiative galt der Frage nach wirksamen und effizienten (Kombinationen von) Maßnahmen, um Entscheidungen von Verkehrsteilnehmern zu beeinflussen und das Mobilitätsverhalten nachhaltiger zu gestalten: durch die Reduzierung schädlicher Emissionen sowie die intelligente Nutzung unterschiedlicher Verkehrsmittel und kürzerer Wege im Alltag. Zudem sollte die Frage beantwortet werden, wie solche Maßnahmen umgesetzt werden können.

Im Fokus der Arbeit des Difu und seiner Projektpartner standen 20 ausgewählte Fallstudien aus verschiedenen europäischen Ländern, beispielsweise Siedlungsentwicklungen in Freiburg und in Tübingen, Verkehrsentwicklungspläne in der Region Hannover und für das südschwedische Lund, die Regionalstadtbahn Heilbronn, Handlungsansätze zur stadtverträglichen Abwicklung des MIV in Berlin, in Zürich sowie in Köniz bei Bern.

Anhand der Ergebnisse dieser Fallstudienanalyse konnte ein Einblick in die Barrieren und Treiber derjenigen Maßnahmen gewonnen werden, durch die eine Veränderung des Modal Split angestoßen und etabliert werden soll. Die Fallstudien behandeln Maßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen: Untersucht wurden sowohl gesamtstädtische Mobilitätsstrategien mit einem langfristigen Zeithorizont als auch Einzelprojekte mit unterschiedlicher räumlicher Reichweite. Einen Schwerpunkt in der Untersuchung spielt auch das gemeinhin als „weiche Maßnahme“ bezeichnete Mobilitätsmanagement.

In der Forschungsinitiative Stepping Stones waren neben dem Difu und seinen Projektpartnern zwei weitere Konsortien mit ihren Projektkonzepten erfolgreich. Die englischsprachigen Forschungsberichte aller drei Konsortien sowie eine mehrsprachige Zusammenfassung wichtiger Ergebnisse der drei Forschungsprojekte sind auf den Internetseiten von Era-net Transport abrufbar. Mit dem vorliegenden deutschsprachigen Band aus der Reihe „Difu-Impulse“ unterstützt das Difu die Verbreitung der Projektergebnisse – der identifizierten „Trittsteine“.

Veröffentlichungen online:

<http://bit.ly/1RbH2Ax>
<http://bit.ly/1TtPKxe>
<http://bit.ly/1owpNRj>
<http://bit.ly/1PVAXWm>

Weitere Informationen:

Dr. phil. Jürgen Gies
Telefon: 030/39001-240
E-Mail: gies@difu.de

Uta Bauer
Telefon: 030/39001-151
E-Mail: bauer@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein



Foto: Jürgen Gies

Pendeln mit Rückenwind

Ein Praxisleitfaden zu Pedelecs & Co. für Kommunen, Unternehmen und private Haushalte

Pedelecs – Fahrräder mit elektrischer Unterstützung – erfreuen sich seit einigen Jahren einer wachsenden Beliebtheit. Die hohen Verkaufszahlen belegen dies eindrucksvoll: Ende 2014 waren mindestens 2,1 Mio. E-Bikes im Einsatz. Die E-Fahrräder garantieren nicht nur Fahrspaß in der Freizeit und auf anspruchsvolleren Wegen, sie können gerade für Städte, die stark vom Pendelverkehr betroffen sind, eine neue und vielversprechende Verkehrsmitteloption darstellen. Durch die elektrische Unterstützung reduzieren sich Reisezeiten – insbesondere im zeitraubenden Berufsverkehr. Gleichzeitig kann die „Nebenwirkung“ Schwitzen vermieden werden, so dass der Arbeitsweg auch im Kostüm oder Anzug zurückgelegt werden kann.

Die Vorteile, die das Pedelec im großstädtischen Umfeld und als Alltagsverkehrsmittel bieten kann, wurden im Difu-Forschungsprojekt „EBikePendeln“ im Rahmen des „Schaufenster Elektromobilität“ untersucht. Ziel des von der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt initiierten Projekts war eine Analyse, unter welchen Rahmenbedingungen sich städtischer Pkw-Verkehr, insbesondere motorisierte Pendelverkehre, durch Fahrten mit dem Pedelec ersetzen lassen. Die Ergebnisse sind durchaus positiv: Die Elektrofahräder werden von den Nutzern sehr gut angenommen und bieten ein erhebliches Verlagerungspotenzial vom Auto aufs Rad. Die Testpersonen nutzten bei rund der Hälfte ihrer zuvor mit Auto zurückgelegten Arbeitswege das Elektrorad. Dabei ist zu beobachten, dass sich der Aktionsradius eines Pedelec-Nutzenden dank der höheren Durchschnittsgeschwindigkeit von rund 18 km/h erhöht. So geht beispielsweise aus den Nutzerbefragungen hervor, dass Pedelecs selbst bei Pendeldistanzen von 15 bis 20 Kilometer noch eine attraktive Alternative zum PKW darstellen.

Die Ergebnisse belegen aber auch die Bedeutung von infrastrukturellen Rahmenbedingungen; so sind beispielsweise sichere und barrierefreie Abstellanlagen ein wichtiger Aspekt bei der Nutzung dieser überdurchschnittlich teuren Fahrräder.

Genau hier setzen auch die Steuerungsmöglichkeiten von Kommunen und Unternehmen bzw. Arbeitgebern an. Für eine wirkungs-

volle und erfolgreiche Verlagerung vom Pkw auf das Pedelec bedarf es der Unterstützung dieser Akteure. Mit der Broschüre „Pendeln mit Rückenwind: Ein Praxisleitfaden zu Pedelecs & Co. für Kommunen, Unternehmen und private Haushalte“ werden sowohl Kommunen als auch Unternehmen angesprochen: Das Pedelec wird als geeignetes „Pendlerverkehrsmittel“ vorgestellt und dargestellt, warum es insbesondere für Städte und Gemeinden sinnvoll ist, sich dieses Themas anzunehmen. Den Kommunen wird hierzu eine Argumentationshilfe an die Hand gegeben. Die Gründe, sich mit dem Pedelec auseinanderzusetzen, liegen insbesondere in den Möglichkeiten, eine zukunftsfähige Stadt- und Verkehrsentwicklung voranzutreiben und das Pedelec als Sprungbrett in eine „neue Mobilität“ zu nutzen. Gleichzeitig weisen sie hohe Synergien mit dem traditionellen Radverkehr auf. Neben den bekannten Vorteilen – platzsparend, ressourcen- und umweltschonend – bieten Pedelecs den Vorzug der verlängerten Distanzen und des hohen Fahrkomforts. Und last, but not least: Verlagerungs- und somit Entlastungspotenziale im (Pendel-)Verkehr durch eine umweltfreundliche Verkehrsmittelnutzung.

Aber auch Unternehmen und Institutionen stehen im Fokus, die ihren Beschäftigten neue Verkehrsmitteloptionen anbieten oder sich im Rahmen des betrieblichen Mobilitätsmanagements oder des eigenen Fuhrparkmanagements mit innovativen Angeboten auseinandersetzen wollen. Auch hier gibt es starke Argumente, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. An erster Stelle sind hier die Kosten zu nennen. Unternehmen können hohe Investitionen in Mitarbeiterparkplätze für private Pkw sparen, die Mitarbeiter wiederum können in erheblichem Umfang Mobilitätskosten senken.

Alles Engagement ist jedoch nutzlos, wenn Pedelecs nicht auch von den privaten Haushalten genutzt werden. Die Verkaufszahlen und Projektergebnisse lassen keinen Zweifel. Pedelecs werden in der Alltagstauglichkeit gut bewertet. Verbesserungen wünschen sich die Teilnehmenden insbesondere bei den sicheren und barrierefreien Abstellanlagen. Hier ist sowohl von Kommunen als auch von Unternehmen Einsatz gefragt.

Weitere Informationen:
Dipl.-Geogr. Martina Hertel
Telefon: 030/39001-105
E-Mail: hertel@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Staatssekretär Christian Gaebler
bei einer Pedelec-Probefahrt aus
Anlass des Saisonstarts 2015



Foto: Martina Hertel

Vom Energiebeauftragten zum Energiemanagement

Dokumentation des 20. Deutschen Fachkongresses für kommunales Energiemanagement

Um den Energiebeauftragten Möglichkeiten für den Informations- und Erfahrungsaustausch zu bieten, wurde auf Initiative des Arbeitskreises Energieeinsparung des Deutschen Städtetages 1995 erstmals der Deutsche Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten vom Difu durchgeführt.

Im Rahmen des alljährlich stattfindenden Kongresses werden einerseits neue Verfahren, Ansätze und Beispiele aus der Praxis der Energiebeauftragten vorgestellt und diskutiert, andererseits dient der Kongress auch als Plattform für den Erfahrungsaustausch nach dem Motto „Aus der Praxis für die Praxis“. Rund 200 Teilnehmer aus der Bundesrepublik und dem deutschsprachigen Raum sind inzwischen regelmäßig auf dem Kongress vertreten. Veranstalter ist das Difu gemeinsam mit einer Gastgeberstadt in Kooperation mit dem Arbeitskreis Energiemanagement des Deutschen Städtetages sowie den drei kommunalen Spitzenverbänden Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund und Deutscher Landkreistag.

Vorwiegend kommunale Experten nutzen den Kongress als gute Gelegenheit zu einem intensiven Fach- und Erfahrungsaustausch. Dazu stehen ihnen bis zu zwanzig unterschiedliche Workshops aus den Themenbereichen Energieeffizienz, Erneuerbare Energien, Energie im Gebäudemanagement sowie Kooperation, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit zur Auswahl. Ein begleitender Markt der Möglichkeiten bietet darüber hinaus Gelegenheit, sich bei Herstellern und Dienstleistern über Produktinnovationen und Angebote zu informieren.

Zum 20-jährigen Jubiläum des Kongresses wurde es Zeit für eine Namensänderung: Aus der Funktion wird die Aufgabe. Der Fachkongress der Energiebeauftragten wird zum Fachkongress für kommunales Energiemanagement. Das kommunale Energiemanagement ist in den meisten Kommunen inzwischen eine fest verankerte Aufgabe, die längst nicht nur die kommunalen Energiebeauftragten tangiert oder von ihnen ausgefüllt wird. Andere kommunale Akteure, z.B. aus dem Klimaschutz, arbeiten eng am Themenfeld des Energiemanagements und sind

neben den kommunalen Energiebeauftragten – nach wie vor wichtige und zentrale Zielgruppe des Kongresses – inzwischen langjährige Teilnehmende am alljährlichen Erfahrungsaustausch. Auch der Zusammenarbeit zwischen dem Klimaschutz- und Energiemanagement einerseits und z.B. der Stadtplanung andererseits wird im Rahmen des Kongresses zunehmend Beachtung geschenkt.

Um das Klimaschutzziel – Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 40 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 – zu erreichen, müssen laut Prognose der Bundesregierung aktuell noch rund acht Prozent CO₂ zusätzlich eingespart werden. Mit einem konsequenten Energiemanagement können Kommunen hier einen wichtigen Beitrag leisten. Wie dieser aussehen könnte und was Kommunen in den vergangenen 20 Jahren beim Energiesparen und im Klimaschutz bereits geleistet haben, stand im Mittelpunkt des zweitägigen Fachkongresses für kommunales Energiemanagement, der am 27. und 28. April 2015 in Hannover stattfand.

Die Beiträge der Referenten sowohl bei den Veranstaltungen im Plenum als auch in den Workshops werden vom Deutschen Institut für Urbanistik in einer Kongressdokumentation veröffentlicht. Mit diesem Band aus der Reihe „Difu-Impulse“ wird den Teilnehmenden die Möglichkeit geboten, die Ergebnisse des Kongresses noch einmal nachzulesen. Alle jene, die nicht teilnehmen konnten, finden hier vielfältige Beispiele zum kommunalen Energiemanagement. Die Kongressdokumentation wird jedoch die letzte dieser Art sein. In Zukunft werden den Teilnehmenden ausschließlich die Folien der Referenten via Internet zur Verfügung gestellt.

Terminhinweis

21. Deutscher Fachkongress für kommunales Energiemanagement am 25. und 26. April 2016 in der Landeshauptstadt Kiel. Schwerpunktthema in diesem Jahr: Kommunale Energiewende.



Räumliche Verteilung des Kongresses von 1995 bis 2015



Quelle: Difu

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Cornelia Rösler
Telefon: 0221/340308-18
E-Mail: roesler@difu.de

Anna Hogrewe-Fuchs
Telefon: 0221/340308-16
E-Mail: hogrewe-fuchs@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein

Klimaschutz und Fläche

Bodenschutz und Flächenmanagement tragen zum Erfolg des kommunalen Klimaschutzes bei

In einem Bodenwürfel mit einer Kantenlänge von 10 cm können je nach Bodentyp bis zu 10 Milliarden Bodenorganismen leben. Das sind auf kleinstem Raum mehr Lebewesen, als es Menschen auf der Erde gibt. Zugegebenermaßen handelt es sich dabei um sehr kleine Lebensformen wie zum Beispiel Bakterien, Pilze und Algen sowie zahlreiche Vertreter der Insektenordnung; aber deren Artenreichtum ist faszinierend. Böden sind nicht nur als Lebensraum wichtig: Die Pedosphäre (Gesamtheit der Böden) ist nach den Ozeanen und den fossilen Energieträgern der drittgrößte CO₂-Speicher der Erde. Vor allem im humushaltigen Oberboden sowie im Torf der Moorböden ist rund dreimal so viel CO₂ gespeichert wie in der Atmosphäre und mehr als doppelt so viel wie in der Vegetation.

Wechselwirkungen zwischen Klima und Boden

Das Klima beeinflusst die Böden, aber Böden beeinflussen auch das Klima: Ein Boden speichert Wasser und stellt es der Vegetation zur Verfügung, die es wiederum verdunstet. Für die Verdunstung wird Energie benötigt, die der Luft in Form von Wärme entzogen wird – es entsteht ein Kühleffekt. Die Pflanzen können dabei nur so viel verdunsten, wie ihnen vom Boden zur Verfügung gestellt wird. Auf versiegelten Flächen – wo die bodenspezifische Kühlwirkung fehlt – können sich dementsprechend Wärmeinseln bilden, die insbesondere in Hitzeperioden zu einer Gesundheitsgefährdung vulnerabler Gruppen, beispielsweise ältere Personen, führen können.

Klimagerechtes Flächenmanagement

Eine Möglichkeit, Bodenfunktionen zu erhalten, ist die Reduktion des Flächenverbrauchs. Dies hat einen direkten und einen indirekten Einfluss auf das Klima. Zum einen bleiben durch einen verminderten Flächenverbrauch im Außenbereich die direkte Kohlenstoffspeicherung und die Kühlfunktion des Bodens erhalten. Zum anderen vermeiden kompakte Siedlungsstrukturen zusätzliches Verkehrsaufkommen und führen dazu, dass auf die weitere Errichtung von Infrastruktur häufig verzichtet werden kann – das spart nicht nur enorme Kosten, sondern auch Treibhausgasemissionen, die bei der Produktion, dem Bau und im Betrieb entstanden wären. Doch auch Innenentwick-

lung und die häufig damit einhergehende Nachverdichtung muss abgewogen werden, denn gerade durch zunehmende Hitzeperioden im Sommer gewinnen Grünflächen und Freiräume an Gewicht, um lufthygienische und stadtklimatische Anforderungen zu erfüllen. Auch potenzielle Überflutungs- und Rückhalteflächen im Außenbereich können aufgrund zunehmender Starkregenereignisse von Bedeutung sein. Hier ist auf Seiten der Kommunen eine ganzheitliche und systematische Betrachtung notwendig, die Zielkonflikte erkennt und gegenläufige Interessen abwägt.

Themenheft „Klimaschutz & Fläche“

Im Themenheft „Klimaschutz & Fläche“ werden verschiedene kommunale Modelle vorgestellt, wie die Themenbereiche Klimaschutz, Fläche und Bodenschutz miteinander verknüpft werden können. Durch vielseitige kommunale Beispiele wird ein umfassender Einblick in das Thema gegeben. Können Brach- und Recyclingflächen für den Biomasseanbau genutzt werden? Wie lässt sich Bodenschutz systematisch in der Stadtplanung verankern? Funktioniert Nachverdichtung in Zeiten des Klimawandels? Diese und viele weitere Fragen werden in der Veröffentlichung aufgegriffen.

Die Reihe Themenhefte umfasst inzwischen elf Veröffentlichungen zu verschiedenen Klimaschutzthemen. Alle Publikationen sind als barrierefreies PDF und als Printfassung kostenfrei erhältlich. Bisher erschienen sind:

- Klimaschutz & Abfallwirtschaft
- Klimaschutz & Abwasserbehandlung
- Klimaschutz & Beschaffung
- Klimaschutz & Biodiversität
- Klimaschutz & Denkmalschutz
- Klimaschutz & Fläche
- Klimaschutz & Klimaanpassung
- Klimaschutz & Mobilität
- Klimaschutz & Partizipation
- Klimaschutz & Soziales
- Klimaschutz & Unternehmen



Veröffentlichung online:

www.klimaschutz.de/publikationen

Weitere Informationen:

Dipl.-Geogr.
Kathrin Schormüller
Telefon: 0221/340308-11
E-Mail: schormueller@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein



Foto: Anna Jolk

Praxisratgeber „Klimaanpassung und Klimaschutz für Bauherren“

Das Difu erstellt im Auftrag der Schwäbisch Hall-Stiftung bauen-wohnen-leben zwei Broschüren, mit denen Kommunen ihre Bürgerschaft über Maßnahmen zur baulichen Vorsorge gegen Extremwetterereignisse wie Starkregen oder Hitze informieren können. Um bestehendes Praxis- und Fachwissen bei der Erstellung der Ratgeber einzubinden, fand im Herbst 2015 eine Werkstatt mit Teilnehmenden aus unterschiedlichen Fachämtern von Kommunen und weiteren Experten statt. Außerdem waren Bauherren – die Zielgruppe des Ratgebers – eingeladen, damit auch Wünsche aus Adressatensicht berücksichtigt werden. Gemeinsam wurden bauliche Maßnahmen gegen Überschwemmung und Hitze, Synergien und Konflikte mit anderen Themen sowie gute Beispiele aus der kommunalen Praxis gesammelt. Die Teilnehmenden zeigten großes Interesse an der Diskussion von Empfehlungen an Politik, Verwaltung und Wissenschaft. Generell wurde mehr politischer Wille zum Thema und mehr

Mut zur Innovation gefordert, zum Beispiel bei der Materialforschung. Auch die Mieter sollten beim Thema Klimaanpassung in den Blick genommen werden. Für die kommunale Verwaltung und Politik wurden die Unterstützung oder Organisation von Informationsabenden für Bauwillige, das Angebot flexiblerer Beratungszeiten und die verständliche Formulierung von Infomaterial vorgeschlagen. Die Baugesetzgebung zur Klimaanpassung sollte bindender gestaltet bzw. Festsetzungen zur Klimaanpassung auch explizit für den Bestand ermöglicht werden. Auch die Förderung von Klimaanpassungsaktivitäten im Gebäude- und Quartiersbestand, das Aufzeigen von nationalen und internationalen Good-Practice-Beispielen sowie mehr kommunale Anreize für private Klimaanpassungsmaßnahmen, z.B. Dachbegrünung oder Entsiegelung, werden als sinnvoll erachtet.

Die Veröffentlichungen zu „Sanierung“ und „Neubau“ erscheinen Anfang 2017.

Weitere Informationen:

Dipl.-Geogr. Luise Willen
Telefon: 0221/340308-19
E-Mail: willen@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein

Veröffentlichung online:

<http://bit.ly/1RjIdfn>

MISCHEN IMPOSSIBLE? Tagungsdokumentation erschienen

Am 12. November 2015 fand im Haus der Universität in der Landeshauptstadt Düsseldorf die Fachtagung „Mischen impossible? Soziale Vielfalt, Nutzungsvielfalt – Wege zu urbanen Stadtquartieren“ statt. Veranstalter war das Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (MBWSV). Hintergrund der Tagung war der Abschluss der vom MBWSV beauftragten Forschungsstudie „Nutzungsmischung und soziale Vielfalt“, die das Difu in Kooperation mit der Bergischen Universität Wuppertal (2014-2015) bearbeitete. Dieser Anlass wurde genutzt, um mit Vertretern aus Stadtentwicklung, Immobilienwirtschaft und Wissenschaft über die aktuelle Bedeutung sowie Umsetzungschancen des „alten“ Themas Mischung zu debattieren.

Als Kernergebnisse der Tagung lassen sich festhalten: „Mischung“ ist keinesfalls unmöglich, sondern gelebte Alltagspraxis in den Städten. Aber die richtige Mischung in Form

einer konsistenten Schablone gibt es nicht. Stattdessen existieren verschiedene Mischungskonstellationen auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen und in verschiedenen „Körnigkeiten“. Mischung ist auch kein statischer Zustand, sondern ein steter Prozess, der durchaus auch zu Konflikten führen kann. Die Interessen mehr Mischung zuzulassen bzw. zu verhindern, können nicht holzschnittartig Akteurstypen – wie Investoren versus Stadtentwickler – zugeordnet werden. Vielmehr müssen die institutionellen Hürden für eine höhere Vielfalt der Funktionen und Nutzungen sowie im sozialen Bereich gesenkt werden. Anregungen können von der Vorstellung und Verbreitung von plausiblen Beispielen (nicht nur von Leuchttürmen) ausgehen. Und: Es fiel häufig das Wort MUT – Mut die Rechtslage neu zu interpretieren, Mut, wieder große urbane Gebiete zu planen und Mut, eine Idee gegen Widerstände zu verfolgen. Mischung ist oft kein Selbstläufer, sondern erfordert Engagement – dieses lohnt sich aber auch.



Veröffentlichung online:

<http://bit.ly/20qiFRX>

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Ricarda Pätzold
Telefon: 030/39001-190
E-Mail: paetzold@difu.de

Klimaschutz in der Stadt- und Regionalplanung

Klimaschutz in Stadt und Region ist ein wesentlicher Treiber für die Umsetzung der Energiewende in Deutschland. Um den Klimaschutz auf der regionalen und lokalen Ebene weiter zu forcieren, bedarf es einer vorausschauenden Planung, in der die Belange des Klimaschutzes konsequent integriert werden. Möglichkeiten hierfür bestehen u.a. im Rahmen der Regionalplanung und der Bauleitplanung sowie der integrierten Stadt(teil)entwicklungsplanung oder der Verkehrsplanung. Somit nimmt die Stadt- und Regionalplanung bei der Förderung der erneuerbaren Energien sowie der Energieeffizienz eine herausragende Rolle ein.

Zweifelsohne werden in der Stadt- und Regionalplanung die Themenfelder erneuerbare Energien und Energieeffizienz im Berufsalltag einen immer größeren Stellenwert einnehmen. Vor diesem Hintergrund ist es bedeutsam, dass Akteure der Stadt- und Regionalplanung die Berücksichtigung von Klimaschutzaspekten in Planungsprozesse als integralen Arbeitsschritt ansehen und ihr Know-how in diesem Themenfeld ausbauen. Das EU-Projekt „Spatial Planning and Energy for Communities in all Landscapes“ (SPECIAL) setzt genau an dem Punkt an. Kooperationspartner aus acht verschiedenen Ländern bauten ihr Wissen in diesen Bereichen aus und entwickelten passende Fortbildungsangebote: Deutschland, Großbritannien, Schweden, Italien, Irland, Ungarn, Österreich, Griechenland. Das Projekt SPECIAL unterstützt damit den Erfahrungsaustausch und Kompetenzerwerb der Planungsverbände und Planervereinigungen in Europa. SPECIAL trägt dazu bei, die Kompetenzen und das Know-how von Stadt- und Regionalplanern im Themenfeld erneuerbare Energien mit Blick auf die planerische Integration und die Entscheidungsunterstützung im politischen Raum auszubauen.

In Deutschland hat das Difu gemeinsam mit fünf Multiplikatoren Fortbildungsangebote für deren Mitglieder entwickelt. Multiplikatoren waren der Verband Region Rhein-Neckar (VRRN), der Regionalverband Ruhr (RVR), der Verband Region Stuttgart (VRS), der Regionalverband FrankfurtRheinMain sowie die Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL). Die Angebote wurden im Jahr 2015 in vier zweitägigen Veranstaltungen unter dem Titel „Erneuerbare Ener-

gien und Energieeffizienz in der kommunalen Planungspraxis“ umgesetzt (Frankfurt/Main 23.–24. Juni, Schwetzingen 25.–26. Juni, Berlin 2.–3. Juli, Essen 12.–13. November), wobei neben Keynotes und Impulsreferaten ein Schwerpunkt auf Workshops und Diskussion gelegt wurde. Die Referenten kamen in der Regel aus der jeweiligen Region und stellten gelungene Planungsbeispiele aus der Praxis vor.

Die Inhalte der Difu-Sonderveröffentlichung wurden zum großen Anteil von den Referenten der Fortbildungsveranstaltungen beigesteuert. Hierbei handelte es sich um Experten aus der kommunalen Verwaltung (u.a. Stadtplanung, Umweltämter, Energiereferate), aus privaten Planungsbüros, Energieagenturen sowie der Forschung. Darüber hinaus wurden auch internationale Beiträge von Experten aus Schweden, Irland, der Schweiz und Österreich aufgenommen. Der Sammelband umfasst sechs Kapitel, in denen die relevanten Themenfelder für Planer abgedeckt werden, dies sind:

- Kommunale Wertschöpfung,
- Erstellen und Nutzung integrierter Strategien und Konzepte,
- Chancen und Möglichkeiten in der formellen und informellen Planung,
- Planerische Aspekte der Wärme- und Stromversorgung,
- Planerische Aspekte bei der Sanierung im Bestand und der Denkmalpflege,
- Partizipation und Kommunikation in der Kommune.

Im Anhang der Veröffentlichung werden darüber hinaus Links zu planerischen Tools sowie Flyer der vier Fortbildungsveranstaltungen mit Links zu den jeweiligen Vorträgen aufgeführt. Die Beiträge zeigen anschaulich, wie Aspekte des Klimaschutzes in der Praxis berücksichtigt wurden, hierzu sind u.a. Beispiele aus folgenden Städten aufgeführt: Bottrop, Dortmund, Dublin, Frankfurt, Freiburg i.Br., Gelsenkirchen, Genf, VG Grünstadt-Land, Heidelberg, Neuruppin, Speyer, Stockholm.



Veröffentlichung online:
<http://bit.ly/1Toiru9>

Weitere Informationen:
Dipl.-Ing. (FH) Maic Verbücheln
Telefon: 030/39001-263
E-Mail: verbuecheln@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Schwetzingen: Workshop
Sanierung im Quartier
Foto: Maic Verbücheln



Zentrale Anlaufstelle für kommunalen Klimaschutz am Difu

Das SK:KK berät politische Entscheidungstragende in Kommunen, Bundesländern und auf der Bundesebene

SERVICE &
KOMPETENZ
ZENTRUM



KOMMUNALER
KLIMASCHUTZ

Mit Einrichtung des Service- und Kompetenzzentrums: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK, vormals Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz) im Jahr 2008 hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) eine zentrale Anlaufstelle für alle Belange rund um den kommunalen Klimaschutz in Deutschland geschaffen. Den thematischen Schwerpunkt bilden Finanzierungs- und Handlungsmöglichkeiten für Klimaschutzaktivitäten auf lokaler Ebene. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der „Kommunalrichtlinie“ des Bundesumweltministeriums als zentrales Förderinstrument für Klimaschutzmaßnahmen und Investitionen in Kommunen.

Das SK:KK berät, unterstützt und vernetzt Kommunen, kommunale Unternehmen und andere kommunale Akteure wie Bildungs-, Jugendfreizeiteinrichtungen und Sportstätten, die sich für den Klimaschutz engagieren und ihre Energiekosten dauerhaft senken wollen. Im Gegenzug bringt das SK:KK kommunale Belange in den fachpolitischen Diskurs der Bundesregierung ein und trägt zur Weiterentwicklung der Nationalen Klimaschutzinitiative bei.

Gemeinsam statt einsam – Beratung, Fortbildung und Vernetzung

Mit dem Startschuss für eine weitere, vierjährige Projektphase (2015-2019) im April vergangenen Jahres hat das SK:KK neben Altbewährtem auch neue Formate und Adressaten in den Blick genommen. Einsteiger in den kommunalen Klimaschutz konnten sich 2015 im Rahmen einer bundesweiten Informationstour umfassend zu Fördermöglichkeiten des Bundes, der Bundesländer und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) informieren. Dieses kombinierte Angebot wird von Kommunen besonders geschätzt. In Kooperation mit zehn Bundesländern wurden so im vergangenen Jahr mehr als 540 Teilnehmende erreicht. Des Weiteren nutzten mehr als 260 Teilnehmende bei „Antragstellerschulungen“ die Möglichkeit, sich an einem der insgesamt sechs bundesweit angebotenen Termine über Modalitäten der Projektabwicklung im Rahmen der Kommunalrichtlinie zu informieren. Diese Veranstaltungsreihe führt das SK:KK gemeinsam mit

dem Projektträger Jülich (PtJ) durch. Achtmal beriet das Team des SK:KK außerdem Entscheidungstragende direkt vor Ort individuell zu beraten („Beratung vor Ort“). Fünf dieser Termine fanden in den neuen Bundesländern statt und trugen somit zur Mobilisierung von Kommunen bei, die bislang weniger von den Fördermitteln des Bundes profitieren. Auf zusätzlich 26 Veranstaltungen externer Kooperationspartner hat das SK:KK im Rahmen von Vorträgen und Informationsständen zu Finanzierungs- und Handlungsmöglichkeiten im Klimaschutz beraten. Hierzu zählen unter anderem Veranstaltungsangebote der kommunalen Spitzenverbände, regionaler und bundesweiter Städtenetzwerke, Stiftungen sowie Fachmessen.

Immer mehr Kommunen wissen, dass Klimaschutz nicht nur der Atmosphäre, sondern auch dem kommunalen Haushalt zugutekommt, regionale Wertschöpfung steigert und Beteiligung vor Ort fördert. Aus diesem Grund steigt die Nachfrage nach gezielten Informationen zu kommunalen Handlungsmöglichkeiten und nach praktischen Finanzierungstipps dauerhaft an. Besonders gefragt sind zudem konkrete Praxisbeispiele anhand bereits realisierter Vorhaben – beispielsweise zur Gestaltung von Partizipationsprozessen. Diese Beispiele sollten wirksam, nachhaltig, nachvollziehbar und flexibel sein, um tatsächlich zum Nachahmen anzuregen. Ein entscheidender Erfolgsfaktor in diesem Zusammenhang sind persönliche Begegnungen, denen das SK:KK im Rahmen seiner Veranstaltungen wiederholt Raum gibt. Den größten Lerneffekt bietet allerdings nicht allein das Gespräch rund um die „gute Praxis“. Wesentlich eindrucksvoller und erkenntnisreicher sind Erfahrungen des Widerstandes oder gar des Scheiterns. Ein solcher Gesprächsverlauf kann jedoch selten geplant werden. Es gilt vielmehr, einen geschützten und vertrauensvollen Rahmen zu bieten, der diese Art von Austausch ermöglicht. Durch persönliche Gespräche können nicht nur Barrieren abgebaut und Fragen aus dem Weg geräumt werden. Vielmehr werden lokale und regionale Netzwerke angestoßen, die sich ihrerseits zur Umsetzung und gemeinsamen Fortentwicklung von Klimaschutz-

Weitere Informationen:
Dipl.-Ing. Christine Krüger
Telefon: 030/39001-239
E-Mail: krueger@difu.de

Stefanie Schäfter, M.A.
Telefon: 030/39001-262
E-Mail: schaefter@difu.de

www.klimaschutz.de/kommunen



Foto: Daniel Willeke

aktivitäten motivieren. Vor allem kleine, ländliche und strukturschwache Kommunen profitieren vom Zusammenschluss mit benachbarten Gemeinden. Somit können Ressourcen gebündelt und Kosten minimiert werden. Landkreisen kommt in diesem Zusammenhang eine besonders wichtige Funktion zu. Sie können Initiator, Koordinator und Umsetzungspartner für ihre Gemeinden im Klimaschutz sein.

Neben der Initiierung von Klimaschutzprojekten berät das Team des SK:KK gezielt zu ausgewählten Umsetzungsfragen und geht hierbei auch auf die Belange bereits aktiver Kommunen ein. Adressaten der vier Fach- und Vernetzungstreffen in 2015 waren Klimaschutzmanager sowie weitere Mitarbeiter der kommunalen Verwaltung. Diskutiert wurden beispielsweise Fragen rund um die Themen interkommunale Kooperation, Klimaschutz in kleinen Kommunen sowie die Verankerung von Klimaschutz im Verwaltungsquerschnitt. Einen festen Bestandteil dieser Veranstaltungen bildet zudem ein Zeitfenster für Mentoring innerhalb der Gruppe aktiver Klimaschutzmanager. Hierbei stehen erfahrene Klimaschutzmanager Einsteigern Rede und Antwort. Die Inhalte sind meist stark praxisbezogen und umfassen unter anderem Methoden der Öffentlichkeitsarbeit, Instrumente des Energiemanagements oder Vorgehensweisen bei der Gebäudesanierung. Darüber hinaus bot das SK:KK auch in 2015 wiederholt eine Plattform für den Erfahrungsaustausch zwischen Klimaschutz- und Sanierungsmanagement. Hierbei zeigte sich, wie stark der kommunenweite Klimaschutz von einem fokussierten Ansatz auf Quartiersebene profitieren kann – gleichzeitig zeigte sich aber auch, welche Herausforderungen und Grenzen das „Upscaling“ des Quartiersansatzes auf die gesamte Stadt beinhaltet.

Bottom-up – Erkenntnisse aus den Kommunen bringt das SK:KK direkt in den politischen Diskurs ein

Kommunen profitieren aus der engen Zusammenarbeit mit dem Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz – auch durch seine Funktion als Schnittstelle zur Bundesebene. Das SK:KK berät das Bundesumweltministerium und andere Akteure der politischen Steuerungsebene und trägt zur strategischen Weiterentwicklung des Politikfeldes bei. Das Team des SK:KK koordiniert und begleitet beispielsweise die regelmäßige Novellierung der Kommunalrichtlinie und unterstützt die Entwicklung geeigneter politischer Rahmenbedingungen für kommunales Klimaschutzengagement. Seine Nähe zu Kommunen, das Verständnis

um kommunale Belange und das Vertrauen lokaler Kooperationspartner machen das SK:KK zu einem wichtigen Gesprächspartner. Im Zuge der Strategieberatung verantwortet das SK:KK nun auch den Bund-Länder-Austausch Klimaschutz. Im Rahmen dieses Informations- und Erfahrungsaustausches kommen das Bundesumweltministerium sowie die Fachreferenten aller 16 Bundesländer regelmäßig zusammen, um ihr Unterstützungsangebot für Kommunen kontinuierlich zu optimieren. Im November 2015 fand dieses Treffen zum elften Mal statt. Zum Thema „Mobilisierung neuer Kommunen im Klimaschutz“ waren auch Bürgermeister und Dezernenten eingeladen, um die kommunale Perspektive direkt in die Diskussionen einzubringen.

Zielsetzung für 2016: Mehr Kommunen sollen von Förderung profitieren

In 2016 wird das SK:KK die Ansprache neuer Kommunen weiter ausbauen. Einen Schwerpunkt bildet die Aktivierung kleiner, ländlicher und strukturschwacher Kommunen, sodass auch sie finanzielle Unterstützung durch die Kommunalrichtlinie in Anspruch nehmen können. Es gilt, Barrieren dieser Zielgruppen zu analysieren und sukzessive abzubauen. Eine zentrale Aufgabe ist die weitere Förderung interkommunaler Kooperation. Außerdem sollen Synergien des Klimaschutzes mit Aspekten der Gesundheit oder des demografischen Wandels weiter herausgearbeitet und sichtbar gemacht werden.

Alle Veranstaltungen des SK:KK finden bundesweit und kostenlos statt. Beratung zu Fördermöglichkeiten im kommunalen Klimaschutz findet auch vor Ort statt. Infos über weitere Aktivitäten sind auf dem kommunalen Klimaschutzportal der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) des Bundesumweltministeriums zu finden, genauso wie Informationen rund um Fördermöglichkeiten, Praxisbeispiele, Publikationen, Termine sowie der Zugang zur lebhaften Community.

Aktiv werden – finanziell unterstützt durch die Kommunalrichtlinie

Die neue Kommunalrichtlinie bietet attraktive Förderkonditionen:

- Weitere Antragsfenster
- Zusätzliche Antragsteller
- Höhere Förderquoten, u.a. für finanzschwache Kommunen und im investiven Bereich
- Umrüstung auf LED-Strassenbeleuchtung förderfähig
- Förderung zahlreicher weiterer investiver Maßnahmen

Antragseinreichung:

- 1.10.2015 bis 31.3.2016
- 1.7.2016 bis 30.9.2016
- 1.1.2017 bis 31.3.2017
- 1.7.2017 bis 30.9.2017

Weiterführende Infos:

www.klimaschutz.de/kommunalrichtlinie

Unsere bundesweite Hotline: 030/39001-170

Neues Förderkonzept des BMUB: „Kurze Wege für den Klimaschutz“

Wie können lokale Initiativen und Vereine bei der Realisierung von Klimaschutzprojekten unterstützt werden? Ein neues Förderkonzept des Bundesumweltministeriums, das Angebot für klimafreundliches Alltagshandeln wie Energiesparberatungen, Verleihstationen, Mitmach-Aktionen vorsieht, ist in Vorbereitung. Unterstützt werden auch nachbarschaftlicher Zusammenhalt, Lebensqualität und Treibhausgasersparungen.



Foto: Katja Theißen



Foto: Wolf-Christian Strauss

Forschungs-Praxis-Projekt zu Umweltgerechtigkeit

Vor dem Hintergrund der räumlichen Konzentration von gesundheitlich relevanten Umweltbelastungen (u.a. Lärm, Luftschadstoffe, wenig Grün- und Freiflächen) in sozial benachteiligten Quartieren gewinnt Umweltgerechtigkeit auch in Deutschland zunehmend an Aufmerksamkeit. Umweltgerechtigkeit zielt auf die Vermeidung und den Abbau der sozialräumlichen Konzentration gesundheitsrelevanter Umweltbelastungen sowie die Gewährleistung eines sozialräumlich gerechten Zugangs zu gesundheitsbezogenen Umweltressourcen. In der kommunalen Planungspraxis ist das Thema bislang kaum „angekommen“; entsprechende Strategien und Maßnahmen fehlen daher noch weitgehend.

Im dem vom Umweltbundesamt geförderten Forschungsvorhaben „Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum“ (2012–2014) des Difu wurden Handlungsempfehlungen zur Verankerung eines strategischen Ansatzes zur Schaffung von Umweltgerechtigkeit für die kommunale Praxis abgeleitet. Im neuen Projekt „Umsetzung einer integrierten Strategie

zu Umweltgerechtigkeit – Pilotprojekt in deutschen Kommunen“ (2015–2017) werden, gefördert durch das Umweltbundesamt, zentrale Elemente des strategischen Ansatzes anhand konkreter Planungs- und Umsetzungsvorhaben in drei Pilotkommunen modellhaft mit wissenschaftlicher Begleitung umgesetzt. Bis zum 19. Februar 2016 konnten Städte, die Interesse haben, als Pilotkommune am Forschungs-Praxis-Projekt mitzuwirken, eine Interessenbekundung abgeben.

Zu den zentralen Forschungsfragen gehören u.a.: Wie lässt sich Umweltgerechtigkeit erfolgreich auf die kommunalpolitische Agenda setzen? Wie kann Umweltgerechtigkeit in übergreifende kommunale Ziele und Strategien eingebettet werden? Welche formellen und informellen Instrumente eignen sich für eine Implementierung? Welche Formen von Bewohnerbeteiligung und Akteurskooperation können die Implementierung von Umweltgerechtigkeit unterstützen? Gibt es Übertragbarkeiten und wie lassen sie sich in Form von Tools, Checklisten o.ä. abbilden?

Kommunale Überflutungsvorsorge: „Planer im Dialog“

In den vergangenen Jahren haben Starkregenereignisse immer häufiger zu schweren Überflutungen in Kommunen geführt. Während einige Städte bereits sehr engagiert nach Lösungen suchen, sind die Überflutungsvorsorge und der Umgang mit extremen Starkregenereignissen bei der Mehrheit der Kommunen bislang eher wenig im Bewusstsein. Neben einer Reihe von Hemmnissen in den Kommunen – z.B. ungeklärte Zuständigkeiten und Finanzierungsfragen oder fehlende (etablierte) Vorgehensweisen – existieren immer noch zu wenige Positivbeispiele. Zudem erfordert die Vorsorge als kommunale Gemeinschaftsaufgabe die Beteiligung, Einbindung, Kommunikation und Kooperation unterschiedlicher Akteure und erhöht die Komplexität von Planungs- und Verwaltungsvorgängen.

Vor diesem Hintergrund ist es Ziel des Projekts „Kommunale Überflutungsvorsorge – Planer im Dialog“, praxisbezogene Lösungen zu entwerfen und ausgewählten Kommunen konkrete Unterstützung bei der Einführung

und Optimierung geeigneter Strukturen, Prozesse und Methoden einer koordinierten Überflutungsvorsorge zu geben. Angelehnt an die Planspiel-Methode bearbeiten Vertreter aus den Stadtentwässerungs-, Planungs-, Umwelt- und Bauressorts von 16 ausgewählten Städten über zwei Jahre lang konkrete Aufgabenstellungen im Rahmen eines moderierten Erfahrungsaustauschs in eintägigen Werkstätten. Die Diskussion findet anhand von Materialien aus den beteiligten Städten – Bebauungspläne bzw. andere geeignete Grundlagen zur Risikobetrachtung – statt. Neben einer Sensibilisierung für das Thema steht der praxisorientierte Austausch zwischen den Fachressorts und modellhaftes Entwickeln von Herangehensweisen im Vordergrund.

Das Vorhaben „Kommunale Überflutungsvorsorge: Planer im Dialog“ wird mit Zuwendungsmitteln der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) im Zeitraum Februar 2016 bis Februar 2018 durchgeführt. Die Ergebnisse werden als Publikation veröffentlicht.

Weitere Informationen:
Dipl.-Ing. Christa Böhme
Tel: 030/39001-291
E-Mail: boehme@difu.de

Foto: wikimedia commons/
author: Bernd Schwabe



Weitere Informationen:
Dipl.-Geogr. Luise Willen
Telefon: 0221/340308-19
E-Mail: willen@difu.de

Schlüsselakteure bewegen kommunalen Klimaschutz

Seit Januar ist das Difu gemeinsam mit 4K | Kommunikation für Klimaschutz an dem Projekt „Schlüsselakteure bewegen kommunalen Klimaschutz“ der Europa-Universität Flensburg beteiligt. Das Projekt wird von der Nationalen Klimaschutzinitiative der Bundesregierung gefördert.

Innerhalb von zwei Jahren wird das Konsortium anhand von Fallstudien in Kommunen aufzeigen, wie Kommunen Hand in Hand mit Akteuren vor Ort Potenziale für den Klimaschutz erschließen können. Wie können Schlüsselakteure durch die Verantwortlichen im lokalen Klimaschutz identifiziert, aktiviert und motiviert werden?

Damit richtet sich der Blick über den Teller- rand des unmittelbaren Einflussbereichs kommunaler Verwaltungen, in dem meist nur ein Bruchteil der lokalen Treibhausgas- emissionen entsteht. Vorreiterkommunen im kommunalen Klimaschutz haben bereits gezeigt, dass es wichtig ist, lokale Schlüssel-

akteure aus Verwaltung, Politik, Unternehmen und Zivilgesellschaft mit spezifischem Fachwissen, Netzwerken und guter Reputation im kommunalen Umfeld frühzeitig einzubinden.

Die Ergebnisse der Untersuchung werden für Kommunen aufbereitet. Im Rahmen von Workshops wird der Transfer gelungener Beispiele und Methoden in anderen Regionen unterstützt. In einem weiteren Schritt soll das Engagement identifizierter Schlüsselakteure über deren Netzwerke bundesweit verbreitet werden.

Aufruf für interessierte Kommunen und Schlüsselakteure

Kommunen und Schlüsselakteure, die Interesse an einer Aufbereitung bestehender oder geplanter Partnerschaften im Klimaschutz haben oder von den Erfahrungen anderer Kommunen lernen möchten, sind eingeladen, sich über mögliche Angebote im Rahmen des Projekts zu informieren.

Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit

In Kooperation mit dem IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH sowie sociodimensions, Institute for Socio-cultural Research, untersucht das Difu Schnittstellen sozialer und ökologischer Gerechtigkeit in Programmgebieten der Sozialen Stadt auf der Basis von drei Grundannahmen:

- Durch den integrativen Quartiersentwicklungsansatz entstehen Synergien zwischen Belangen der sozialen und ökologischen Gerechtigkeit.
- Auf der Quartiersebene entstehen (potenziell) auch Initiativen „von unten“ für sozial-ökologische Neuerungen und die Entwicklung nachhaltiger(er) Lebensstile.
- Diese Potenziale sind in benachteiligten Bevölkerungsgruppen geringer ausgeprägt als in anderen Gruppen.

Vor diesem Hintergrund sollen drei übergeordnete Fragen beantwortet werden:

- Wie lassen sich umweltpolitische Herausforderungen durch quartiersbezogene

Förderprogramme künftig besser bewältigen? Wie kann die Förderung nachhaltiger Lebensstile und der Verknüpfung von sozialer und ökologischer Gerechtigkeit besser bewerkstelligt werden?

- Welche Möglichkeiten haben benachteiligte Bevölkerungsgruppen, sich für eine sozial und ökologisch gerechte Gestaltung ihres Wohn- und Lebensumfelds zu engagieren? Welche Möglichkeiten haben sie, auch ihren Lebensstil dahingehend zu ändern?
- Wie lässt sich die Kooperation von „professionellen“ Akteuren und Bewohnerschaft mit Blick auf die formulierten Zielsetzungen verbessern?

Methodisch stehen Dokumentenanalysen, leitfadengestützte Experten-Interviews sowie verschiedene weitere sozialwissenschaftliche Methoden im Vordergrund. Das Vorhaben mit einer Laufzeit von 21 Monaten wird vom Umweltbundesamt (UBA) mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) gefördert.

Schlüsselakteure für den kommunalen Klimaschutz

© Europa Uni-Flensburg, Martin Beer

Weitere Informationen:

Dipl.-Geogr. Judith Utz
Telefon: 030/39001-244
E-Mail: utz@difu.de

Britta Sommer, B.A.
Telefon: 030/39001-234
E-Mail: sommer@difu.de

<http://bit.ly/1SiPxN3>



Weitere Informationen:

Dr. rer. nat. Thomas Franke
Telefon: 030/39001-107
E-Mail: franke@difu.de



Städtebauförderung: Beantragung, Bewilligung und Abrechnung

Studie zu Erfolgsfaktoren und Hemmnissen im Zusammenhang mit Fördermitteln der Städtebauförderung

Die Städtebauförderung ist ein zentrales Instrument einer nachhaltigen Stadtentwicklung in Deutschland. Bund, Länder und Kommunen arbeiten dafür bereits seit über vierzig Jahren erfolgreich zusammen und schätzen die Städtebauförderung als wirksames Instrument. Trotz dieser positiven Einschätzung ist die Umsetzung nicht immer unproblematisch.

Aus diesem Grund hat das Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) mit der Erstellung einer empirischen Studie zu Erfolgsfaktoren und Hemmnissen der Fördermittelbeantragung, -bewilligung sowie -abrechnung in der Städtebauförderung beauftragt.

Im Rahmen der Studie sollen verschiedene Untersuchungsfragen zur Durchführung der Städtebauförderung beantwortet werden, beispielsweise zum möglichen Zusammenhang zwischen dem sukzessiven Aufbau von Ausgaberesten und dem Übergang zur Doppik. Auch die organisatorischen und rechtlichen Rahmenbedingungen bei der Beantragung, Bewilligung, Durchführung und Abrechnung von Städtebaufördermaßnahmen werden betrachtet. Die Erkenntnisse sollen die Grundlage bilden, um daraus praxisbezogene Handlungsvorschläge für Kommunen und Fördermittelgeber gleichermaßen abzuleiten. Ziel ist es, den Mitteleinsatz zukünftig effizienter und effektiver gestalten zu können.

Die Ergebnisse der Studie liegen voraussichtlich im dritten Quartal 2016 vor.

Weitere Informationen:
Dr. Stefan Schneider
Telefon: 030/39001-261
E-Mail: schneider@difu.de



Städtebaulicher Denkmalschutz unter der Lupe

Difu evaluiert Bund-Länder-Programm Städtebaulicher Denkmalschutz

In regelmäßigen Abständen sind die Bund-Länder-Programme der Städtebauförderung zu evaluieren, so ist es u.a. im Grundgesetz (Art. 104b Abs. 2 GG) festgelegt. In diesem Zusammenhang hat das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) das Difu beauftragt, die Zwischenevaluierung des Städtebauförderungsprogramms Städtebaulicher Denkmalschutz durchzuführen. Der Untersuchungszeitraum umfasst die Jahre 2009 bis 2015, Ende 2017 werden die Evaluierungsergebnisse vorliegen.

Ziel des Programms Städtebaulicher Denkmalschutz ist es, die bau- und kulturhistorisch wertvollen Stadtkerne und -bereiche in den Programmstädten über die jeweiligen Einzeldenkmale, Straßen und Plätze hinaus in ihrer baulichen und strukturellen Eigenart

und Geschlossenheit zu erhalten und zukunftsweisend weiter zu entwickeln – so ist es in der Programmstrategie formuliert. Zur Überprüfung der Zielerreichung sind umfangreiche Recherchen und Sekundäranalysen, Schlüsselpersonen-Interviews, Fallstudien sowie mehrere Expertenworkshops geplant.

1991 als Rettungsprogramm für die stark in ihrer Substanz gefährdeten historischen Stadtkerne der neuen Länder eingeführt, kommt das Programm seit 2009 auch in Städten und Gemeinden der alten Bundesländer zum Einsatz. Mit der Zwischenevaluierung werden somit erstmals die Programmstädte im gesamten Bundesgebiet zum Gegenstand der Betrachtung gemacht.

Foto: Daniela Michalski
Marktplatz in Bad Belzig

Weitere Informationen:
Dipl.-Ing. Daniela Michalski
Telefon: 030/39001-270
E-Mail: michalski@difu.de

Veranstaltungsvorschau

Zwischenbilanz Demografischer Wandel: Wo stehen die Kommunen?

Seminar, 7.–8. April, Berlin (S)

Energiekonzepte für konservatorische Gebäude

Fachseminar, 14. April, Nürnberg (EK)

Quantifizierung von Radverkehr

Webinar, 12. April (F)

Kinder und Jugendliche aus Flüchtlingsfamilien

Fachtagung in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag, 14.–15. April, Berlin (J)

Älter, bunter, digital: Durch Koproduktion mit Bürgerinnen und Bürgern Innovationen in der #MitmachStadt umsetzen

Seminar, 18.–19. April, Berlin (S)

Strategische Integrationskonzepte

Erfahrungsaustausch, 27. April, Mannheim (S)

Radverkehrsanlagen planen und realisieren

Veranstaltungsserie der Fahrradakademie 19.–20. April, Ludwigshafen; 26.–27. April, Wuppertal, 27.–28. April, Bremen (F)

Wer macht Stadt? Und wie? Kooperationskultur in und mit der Politik und Verwaltung

Seminar, 21.–23. April, Berlin (S)

21. Deutscher Fachkongress für kommunales Energiemanagement

Kongress, 25.–26. April, Kiel (EM)

„Ein bisschen Gentrifizierung ist doch gar nicht so schlecht...“. Kommunen im Spannungsfeld von sozialer Mischung und Verdrängung

Seminar, 28.–29. April, Berlin (S)

Bundesweiter Erfahrungsaustausch zur Umsetzung des § 42 a SGB VIII: Vorläufige Inobhutnahme ausländischer Kinder und Jugendlicher nach unbegleiteter Einreise

Brennpunktseminar:
9. und 10. Mai, Berlin (S)
Eintägige Veranstaltung

Radwegebenutzungspflicht

Webinar, 11. Mai (F)

Das europäische Beihilferecht in der kommunalen Praxis

Seminar, 13. Mai, Berlin (S)

Stadtverkehr der Zukunft

Seminar, 23.–24. Mai, Berlin (S)

Radschnellwege, Bahntrassen und Co. (mit Exkursion)

Veranstaltungsserie der Fahrradakademie 24.–25. Mai, Göttingen; 30.–31. Mai, Kiel; 22.–23. Juni, Wuppertal (F)

Evaluation des Bundeskinderschutzgesetzes

Fachtagung, 30.–31. Mai, Berlin (J)

Lastenräder im Wirtschaftsverkehr

Webinar, 7. Juni (F)

46. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung

Erfahrungsaustausch in Zusammenarbeit mit der Stadt Karlsruhe, 8.–10. Juni, Karlsruhe (S)

Vom Parkdruck zu mehr Lebensqualität?! Neue Entwicklungen und Ansätze im Parkraummanagement

Seminar, 13.–14. Juni, Berlin (S)

Kopenhagen und Odense: Radverkehr – Teil der multimodalen Lösung

Exkursion, 15.–17. Juni, Kopenhagen (F)

Einzelhandel und Stadtentwicklung: Herausforderungen und rechtliche Rahmenbedingungen

Seminar, 16.–17. Juni, Berlin (S)

Erfahrungsaustausch Beteiligungskultur: ein Weg zu mehr oder weniger direkter Demokratie?

Erfahrungsaustausch, 16.–17. Juni
Potsdam (S)

Ansprechpartnertreffen 2016

Jahrestreffen der Kontaktpartner der Difu-Zuwenderstädte/-verbände/-planungsgemeinschaften (Exklusiv-Veranstaltung für Difu-Zuwender)
21.–22. Juni, Berlin (P)

Urbanes Grün und Innenentwicklung – Trends, Konzepte und Instrumente

Seminar, 24.–24. Juni, Berlin (S)

Sicherung, Qualifizierung und Entwicklung von Wirtschaftsflächen

Seminar, 27.–28. Juni, Berlin (S)

Infos, Einzelprogramme und Anmeldung:

AG Fachtagungen Jugendhilfe

Claudia Euler (J)
Telefon: 030/39001-136
E-Mail: euler@difu.de

Deutscher Fachkongress für kommunales Energiemanagement

Sigrid Künzel (EM)
Telefon: 0221/340308-0
E-Mail: kuenzel@difu.de

Difu-Ansprechpartnertreffen

Cornelia Schmidt (P)
Telefon: 030/39001-208
E-Mail: schmidt@difu.de

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte

Katrin Adam/Sylvia Koenig (D)
Telefon: 030/39001-215/-258
E-Mail: dialoge@difu.de

Difu-Seminare

Fortbildungssekretariat (S)
Telefon:
030/39001-258/-243/-259/-148
E-Mail: fortbildung@difu.de

Energiekonzepte für konservatorische Gebäude

Anna-Kristin Jolk (EK)
Telefon: 0221/340308-22
E-Mail: jolk@difu.de

Fahrradakademie sowie kommunal mobil:

Simone Harms (F)
Telefon: 030/39001-132
E-Mail: harms@difu.de

Die Kürzel in Klammern stehen für die Ansprechpartnerin zur jeweiligen Veranstaltung

Details und Einzelprogramme stets aktuell im Difu-Internet:

www.difu.de/veranstaltungen

Weitere Informationen:

Dr. Elke Becker
Telefon: 030/39001-149
E-Mail: ebecker@difu.de

Foto: Wolf-Christian Strauss

Kommunale Vielfalt gewinnt an Profil!

Klein- und Mittelstädte stellen sich aktuellen Herausforderungen

Weitere Informationen:

Dr. rer. soc. Bettina Reimann
Telefon: 030/39001-191
E-Mail: reimann@difu.de

Dipl.-Soz. Gudrun Kirchoff
Telefon: 030/39001-192
E-Mail: kirchoff@difu.de

www.vielfalt-in-stadt-und-land.de

Dokumentation online:

<http://bit.ly/1XBaPVV>

Auftaktveranstaltung mit Teilnehmern aus Projektkommunen und dem Projektbeirat, 26./27.11.2015 in Berlin



Integration und Vielfalt sind Themen, die nicht nur Großstädte beschäftigen. Im Gegenteil. Gerade die historischen Zentren vieler Klein- und Mittelstädte des ländlichen Raums bilden seit einigen Jahren nachgefragte Wohnstandorte vieler Zuwanderer. Damit stellen sich neue Aufgaben für Stadtentwicklung, nachbarschaftliches Zusammenleben und Integration – Themen, mit denen sich das Difu seit Jahren intensiv beschäftigt.

Im Rahmen der Auftaktveranstaltung des Forschungs-Praxis-Projekts „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe“ am 26. und 27.11.2015 in Berlin, belegten neun Klein- und Mittelstädte anschaulich, dass für sie aktuelle Herausforderungen der Integration von

(Neu-)Zuwanderern ganz oben auf der Agenda stehen. Einigkeit bestand bei den ansonsten sehr unterschiedlichen Kommunen darüber, dass Vielfalt nur dann an Profil gewinnen kann, wenn die Chancen und Potenziale von (Neu-)Zuwanderern ausgelotet und genutzt werden. Zudem benötigt eine erfolgreiche Integration vor Ort nicht nur gute Projekte, sondern auch innovative Strategien und tragfähige Strukturen.

Antworten auf wichtige Fragen gesucht

Wie können die sozialräumliche Integration und die Teilhabechancen von Zuwanderern (einschließlich Neuzuwanderern und Flüchtlingen) befördert werden? Wie kann die Akzeptanz von (Neu-)Zuwandernden erhöht, wie können zivilgesellschaftliche Strukturen gestärkt werden? Nicht zuletzt: Lassen sich diese Herausforderungen mit einer Steigerung der Attraktivität und Stabilität von Stadtzentren verknüpfen? Und wenn ja, was bedeutet dies für die städtische Identität und gemeinsame Identitätsbildungsprozesse?

Diese und andere Fragen stehen im Fokus des Austauschs zwischen dem Difu als Forschungsbegleitung, dem projektbegleitenden Beirat und den neun Projektkommunen:

- Germersheim, Landkreis Germersheim, Rheinland-Pfalz
- Goslar, Landkreis Goslar, Niedersachsen
- Ilmenau, ILM-Kreis, Thüringen
- Michelstadt, Odenwaldkreis, Hessen
- Mühlacker, Enzkreis, Baden-Württemberg
- Saarlouis, Landkreis Saarlouis, Saarland
- Steinfurt, Kreis Steinfurt, Nordrhein-Westfalen
- Weißenfels, Burgenlandkreis, Sachsen-Anhalt
- Zittau, Große Kreisstadt, Landkreis Görlitz, Sachsen

Die Umsetzung vor Ort wird das Difu in den kommenden zwei Jahren begleiten (vgl. Difu-Berichte, Flüchtlinge Spezial 4/2015).

Die Dokumentation der Auftaktveranstaltung, Informationen zu den Projektkommunen und zum Projektverlauf sind auf der Projekt-Homepage veröffentlicht.



Foto: Bernhardt Link

Krisenintervention und Inobhutnahme in der Kinder- und Jugendhilfe

Am 5. und 6. November 2015 veranstaltete die Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik eine Fachtagung zum Thema Inobhutname in Berlin, an der 160 sozialpädagogische Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe teilnahmen.

Gefühlte Realität oder empirisch belegt?

Dr. Jens Pothmann, Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik, Technische Universität Dortmund, referierte zum Thema „Entwicklung der Fallzahlen der Inobhutnahmen in der Kinder- und Jugendhilfe und Maßnahmen der Familiengerichte bei Gefährdungen des Kindeswohls“. Er stellte fest, dass noch nie so viele Kinder in Pflegefamilien untergebracht und betreut wurden wie derzeit. Dies sei Anfang der 90er-Jahre kein sehr wahrscheinliches Szenario gewesen. Seit 2005 war ein erheblicher Anstieg der Inobhutnahmen von 26000 Kindern und Jugendlichen auf 48000 im Jahr 2014 zu verzeichnen, also fast eine Verdopplung der Fallzahlen. Die Inobhutnahmen erfolgten dabei in größerem Umfang wegen festgestellter Gefährdungslagen von Kindern und weniger auf deren eigenen Wunsch. Die Bedeutung der Inobhutnahme wachse mit dem Alter, hier sind dann eher Jugendliche im Fokus und dabei deutlich mehr Jungen.

Was veranlasst Jugendämter, Kinder in Obhut zu nehmen?

Barbara Kiefl, Leiterin der Abteilung Familie und Jugend, Jugendamt Stuttgart, sagte, dass in ihrer Stadt die Fallzahlen der Inobhutnahme vom Trend abweichen. 2014 hat es 1209 Fälle von Kindesmisshandlungen und -vernachlässigungen bzw. Verdachtsfälle dazu gegeben (ohne unbegleitete Minderjährige). Für die Stuttgarter Fachkräfte stelle sich weniger die Frage, was Gründe für eine Inobhutnahme sind, sondern was es für gute präventive Fachkonzepte gibt, damit dieser Schritt möglichst vermeidbar ist. Diese stellte Frau Kiefl vor und nannte neben dem Fachkonzept der Sozialraumorientierung die intensive Elternarbeit, den Familienrat, Pflegebereitschaftsfamilien, das Kindeschutzteam in der Kinderklinik, kontinuierliche Fortbildungen sowie die seit über zehn Jahren bestehenden Beratungszentren mit multidisziplinären Teams. Wichtig sei vor allem, dass die Familien den sozialpädagogischen Fach-

kräften vertrauen und das Prinzip der Verantwortungsgemeinschaft gelte, denn bei einer Krise betreffe diese alle, nicht nur die betroffene Familie und deren Kinder. Schwierig werde es, wenn die Eltern nicht mitwirken, deshalb familiengerichtliche Verfahren notwendig werden und Kinder länger als sechs Monate in der Inobhutnahme-Situation bleiben müssen. Gerade für sehr kleine Kinder sei dies sehr schwierig, weil Bindungen zu den Bezugspersonen entstehen.

In guter Obhut? Ist das so?

Einen wissenschaftlichen Blick auf die derzeitige Situation der Inobhutnahme richtete Dr. Stefan Rucker, Forschungsgruppe Petra, Schlüchtern. Er stellte fest, dass die Inobhutnahme kein Lebensort für Kinder ist und präsentierte in diesem Kontext eigene Forschungsergebnisse. Er befragte Kinder und Jugendliche, ob sie sich an ihre Gefühle in der Inobhutnahme-Einrichtung erinnern. Empirische Befunde zum Erleben dieser Kinder sind, dass Gefühle wie Traurigkeit, Hilflosigkeit und Angst dominieren. Gefragt nach ihren psychotraumatischen Belastungen in der Inobhutnahme haben viele heftige negative Affekte: Die Kinder fühlen sich schlecht! In jedem zweiten Fall gibt es depressiv-ängstliche Beschwerden sowie eine Prävalenz für Suizidgedanken bei ca. 50 Prozent. Aber auch Orientierungslosigkeit sei ein großer Faktor für eine traumatische Belastung. Leider gebe es kaum ein Screening oder Checklisten zur Erkennung dieser Belastungsfaktoren bei Kinder und Jugendlichen.

Mit dem Blick einer Familienrichterin ...

Dr. Jessica Kriewald, Richterin am Amtsgericht Frankfurt/Main, erläuterte, welchen Handlungsbedarf es aus Sicht ihrer Profession gibt. Als wichtigste Voraussetzung nannte sie die Verantwortungsgemeinschaft von Jugendamt und Gericht, denn oberstes Ziel ist effektiver Kinderschutz. Eine Unterstützung des Gerichts bei einer schnellen Klärung der Lebensperspektive des Kindes sollte auf der Mitteilung aller für die Gefährdungseinschätzung des Jugendamts relevanten Tatsachen, der Quellen sowie der Übersendung von Hilfeplänen, Berichten der Helfer und Betreuungspersonen sowie Arztberichten beruhen. Denn: Das Jugendamt sei wichtigster Tatsachenlieferant, um eine gute Entscheidung im Interesse des Kindes zu treffen.



Dr. Jens Pothmann, Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik, Technische Universität Dortmund



Barbara Kiefl, Abteilungsleiterin Familie und Jugend, Jugendamt Stuttgart



Dr. Stefan Rucker, Forschungsgruppe Petra, Schlüchtern



Dr. Jessica Kriewald, Richterin am Amtsgericht Frankfurt am Main

Fotos: Jessica Schneider

Weitere Informationen:

Dipl.-Soz. Kerstin Landua
AG Fachtagungen
Jugendhilfe im Difu
Telefon: 030/39001-135
E-Mail: landua@difu.de



Franziska Krömer, Pädagogische
Gesamtleiterin der Hamburger
Kinder- und Jugendhilfe e.V.



Prof. Dr. Mathias Schwabe, Evan-
gelische Hochschule Berlin und
Prof. Dr. Regina Rätz, Alice-
Salomon-Hochschule für Soziale
Arbeit, Gesundheit, Erziehung
und Bildung Berlin



Prof. Dr. phil. habil. Menno
Baumann, Fließener Fachhoch-
schule Düsseldorf



Blick in den Veranstaltungssaal

Fotos: Jessica Schneider

Weitere Informationen:

Jessica Schneider
AG Fachtagungen
Jugendhilfe im Difu
Telefon: 030/39001-140
E-Mail: jschneider@difu.de

Kinder und Jugendliche nicht zu „Systemsprengern“ werden lassen

Anfang Dezember 2015 fand die Fachtagung „Systemsprenger verhindern. Wie werden die Schwierigen zu den Schwierigsten?“ im Centre Français in Berlin statt. Kinder, die sich „in einer durch Brüche geprägten, negativen Interaktionsspirale mit dem Hilfesystem, den Bildungsinstitutionen und der Gesellschaft befinden und diese durch als schwierig wahrgenommene Verhaltensweisen aktiv mitgestalten“, können als „Systemsprenger“ bezeichnet werden. Nach der Verständigung auf diese Arbeitsdefinition von Prof. Dr. Menno Baumann tauschten sich 180 Fachkräfte der öffentlichen und freien Jugendhilfe u.a. über Risikofaktoren in der frühkindlichen Entwicklung, Ansatzpunkte für die Kinder- und Jugendhilfe, Systemsprenger zu verhindern und darüber, wie inklusiv das System bereits ist und sein muss, aus.

Professionalisierung, verfahrenre Fälle, Glück und Pech

Prof. Dr. Mathias Schwabe, Professor für Soziale Arbeit, Evangelische Hochschule Berlin, stellvertretender Vorsitzender des Instituts für Innovation und Beratung an der EHB, stellte den Teilnehmern sein derzeitiges Arbeitsmodell für Denken und Handeln mit den (für uns) „Schwierigen“ vor. Dies sieht zunächst eine Professionalisierung des fachlichen Handelns vor, indem z.B. das Team ernsthaft versucht, ein Kind bzw. einen Jugendlichen zu verstehen und ihm zeigt, dass das es, ihn bzw. sie verstehen möchte. Der zweite Teil des dreiteiligen Arbeitsmodells besteht darin, einen Umgang mit ungünstigen und schwierigen bis unlösbaren Fällen zu finden. Oft müsse man akzeptieren, dass man nichts weiter tun kann, außer auszuhalten, zu begleiten und für sich selbst zu sorgen. Drittens sollten Helfer lernen, mit Kontingenzen, Glück und Pech gut umzugehen.

(Intensiv)pädagogische Angebote für „Systemsprenger“ – Das Gegenteil von Inklusion?

Prof. Dr. phil. habil. Menno Baumann, Bereichsleiter beim Leinerstift e.V., Evangelische Kinder-, Jugend- und Familienhilfe und Professor für Intensivpädagogik an der Fließener Fachhochschule Düsseldorf, diskutierte diese Frage mit den anwesenden Fachkräften. Er sieht das Kernproblem der aktuellen Debatte über den Umgang mit „Systemsprengern“ in einem inklusiven System darin, dass das Ziel der Inklusion

eine Gesellschaft ist, in der jeder vollberechtigt teilhaben darf, auch wenn er oder sie im Vergleich zur Mehrheitsgesellschaft Besonderheiten aufweist. Dies gelte aber für Menschen mit Verhaltensstörungen nur sehr bedingt. Denn: Genauso wie man darüber nachdenken muss, ob dieser Anspruch auch für Gewalttäter, für delinquente Jugendliche oder für sexuell übergriffige Menschen gilt, muss man sich fragen, ob dieser Anspruch auch für „Systemsprenger“ gilt. Bei Anwendung des gängigen Verständnisses von Inklusion auf die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen mit schwierigen Verhaltensweisen würde dies bedeuten, dafür zu sorgen, dass sie „normal“ werden. Dieser Auftrag wäre aber unerfüllbar. Prof. Baumann schlussfolgerte, dass eine wie auch immer geartete Intensivpädagogik nicht das Gegenteil von Inklusion sein kann, sondern nur integraler Bestandteil jeder guten Pädagogik.

Weitere Anregungen für den Umgang mit „schwierigen“ Kindern und Jugendlichen

In weiteren spannenden Beiträgen wurde u.a. die Mannheimer Risikokinderstudie vorgestellt und mit ihr Risiko- und Schutzfaktoren für die kindliche Entwicklung, außerdem eine „Top Ten plus“ der Handlungspraxis im Umgang mit „schwierigen“ Kindern und Jugendlichen. An beiden Tagen gab es verschiedene Arbeitsgruppen zur Auswahl, in denen Praxisbeispiele vorgestellt wurden und Referenten und Teilnehmer in einen intensiven Erfahrungsaustausch treten konnten. Im Abschlussvortrag wurde deutlich, dass sich nicht allein mit Hilfe der Neurowissenschaften erklären lässt, wie schwierige Kinder zu „Schwierigsten“ werden. Während der Tagung fielen Sätze wie „Ob jemand schwierig ist oder nicht, ist Zufall.“ oder „Kein Kind ist gestört oder verrückt. Sein Verhalten ist die Antwort auf die Entwicklungsbedingungen des Kindes.“

Anregungen, wie die Kinder- und Jugendhilfe diese Entwicklungsbedingungen positiv im Sinne der Kinder gestalten kann, wurden im Verlauf der zwei Tage zahlreich gegeben. Einige können sicher sehr gut in die Praxis integriert werden.

Kommunale Liegenschaftspolitik

Zwischen Verkaufen, Behalten und Neuerwerben

Bodenpolitik, Liegenschaftspolitik oder Baulandpolitik stehen in den letzten Jahren wieder ganz oben auf der kommunalpolitischen Agenda – zumindest bei Wachstumsstädten. Viele Städte haben jedoch in den Jahren der Stagnation oder Schrumpfung die Gelegenheit verpasst, sich durch den Erwerb von Grundstücken kommunale Spielräume zu verschaffen. Dementsprechend komplex stellen sich heute die Anforderungen dar, mit wenigen eigenen Ressourcen eine sozialorientierte Stadtentwicklung zu gewährleisten.

Im Rahmen des Difu-Seminars „Kommunale Liegenschaftspolitik – Zwischen Verkaufen, Bewahren und Neuerwerben“ fand einerseits eine grundsätzliche Verständigung über die Herausforderungen einer zeitgemäßen kommunalen Liegenschaftspolitik statt. Andererseits wurden die Instrumente der Liegenschaftspolitik im Kontext stadtentwicklungspolitischer Ziele (Konzeptverfahren und Direktvergaben sowie kommunale Baulandmodelle) beleuchtet.

Die Teilnehmenden kamen überwiegend auch den Bereichen Stadtplanung/Stadtentwicklung oder Liegenschaften/Vermessung/Bodenmanagement der Kommunen. Die unterschiedliche fachliche Herkunft der Teilnehmenden regte die Diskussion an: Sowohl innerhalb der thematischen Veranstaltungsböcke als auch in den Pausen wurde sehr lebhaft diskutiert.

Kernthemen der Gespräche waren das Erfordernis einer neuen Bodenpolitik sowie Argumente für eine (bewusste) Ableitung der Liegenschaftspolitik aus langfristigen Stadtentwicklungszielen: Hier kamen die „kulturellen“ Unterschiede zwischen Stadtentwicklern und Liegenschaftlern besonders zum Tragen. Weiter wurde über Fläche als Ressource für künftige Entwicklungsprozesse diskutiert (derzeit wird eher das Erbe eingesetzt) sowie über jüngere Instrumente der Bodenpolitik wie Baulandmodelle und Konzeptvergaben.

Insbesondere die kommunalen Erfahrungsberichte zu ausgewählten Instrumenten der Liegenschaftspolitik stießen auf reges Interesse der Teilnehmenden. So zum Beispiel der Bericht aus Wien, einer Stadt mit einem hohen Anteil eigener Flächen, die schon seit

langem nur über Erbbaurechte vergeben werden, oder auch der Vortrag aus der Stadt Ulm, die auf 125 Jahre Bodenpolitik zurückblicken kann und Baurechte nur erteilt, wenn alle zu bebauenden Grundstücke sich im Eigentum der Stadt befinden (langfristiger Ankauf von Flächen). Zum Instrument „Erbbaurechte“ wurden aus den Städten Lübeck und Frankfurt sehr positive Erfahrungsberichte gegeben – in beiden Städten besteht ebenfalls eine lange Tradition der Vergabe von Erbbaurechten. Frankfurt kombiniert dieses bei der Vergabe von städtischen Grundstücken intensiv genutzte Instrument mit Fördermaßnahmen für Familien (Preisnachlass pro Kind) und Verpflichtungen zum Klimaschutz (Passivhausstandard). Auch der Beitrag der Stadt Potsdam zu ersten Erfahrungen mit Konzeptverfahren bei der Grundstücksvergabe sowie die Vorstellung des jüngst entwickelten Berliner Modells der kooperativen Baulandentwicklung wurden aufmerksam verfolgt.

Das Seminarthema „Kommunale Liegenschaftspolitik“ stieß insgesamt auf großes Interesse und wird in Zukunft regelmäßig aufgegriffen werden.

Die virtuelle Tagungsmappe mit diversen Unterlagen zum Thema steht exklusiv für Verwaltungsmitarbeiter und Ratsmitglieder der Difu-Zuwender(städte) im Difu-Extranet bereit.

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Franciska Frölich v. Bodelschwingh
Telefon: 030/39001-245
E-Mail: froelich@difu.de

Dipl.-Ing. Ricarda Pätzold
Telefon: 030/39001-190
E-Mail: paetzold@difu.de

Virtuelle Tagungsmappe (exklusiv für Difu-Zuwender):

<http://bit.ly/1oJIUHF>

200 SMART-WOHNUNGEN mit SENIORENHAUS und KINDERGARTEN

10. Antonie-Alt-Gasse 9, 11
92 geförderte Mietwohnungen
1 Kindergarten mit 4 Gruppen
1 Seniorenhaus mit 87 Plätzen

265 Mietwohnungen
Wohnnutzfläche 35-105 m²
mit Balkonen, Loggien,
Gemeinschaftsterrassen

10. Antonie-Alt-Gasse 13, Sonnwendgasse 29, 31
173 geförderte Mietwohnungen
1 Tagesstrukturzentrum
2 Geschäftslokale

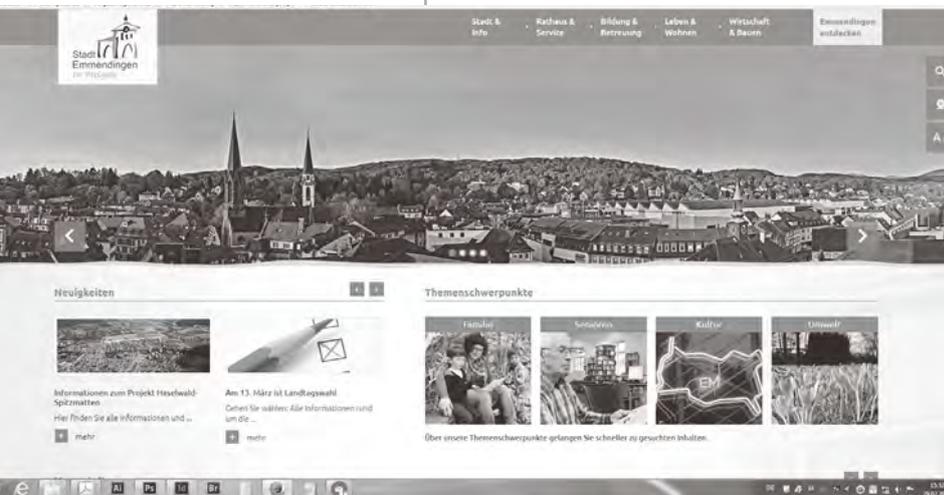
HEIMAT OSTERREICH
RÜDIGER LÄINER+PARTNER
FERTIGSTELLUNG FRÜHJAHR 2017

EGW
BKK-3

SWJETELSKY
Dr. Ronald Mischek ZT mbH

Foto: Ricarda Pätzold

Herzlich willkommen Emmendingen im Kreis der Difu-Zuwenderstädte!



**Weitere Informationen zur
Stadt Emmendingen:**
www.emmendingen.de

Emmendingen im Breisgau bildet mit 28.000 Einwohnern das „Mittelzentrum“ des gleichnamigen Landkreises. Als solches übernimmt die Stadt wichtige Versorgungsfunktionen als Sitz von Behörden, Bildungs-, Gesundheits-, und Dienstleistungseinrichtungen. Im Westen Baden-Württembergs, zwischen den Städten Basel, Freiburg und Straßburg gelegen, bietet Emmendingen eine ausgezeichnete Infrastruktur und eine verkehrsgünstige Lage. Ansiedlungswilligen Unternehmen stellt Emmendingen attraktive Gewerbeflächen sowie eine große Zahl qualifizierter Arbeitskräfte in Aussicht.

Ein großes Anliegen der Stadt ist der kommunale Klimaschutz. Mit Hilfe des Wettbewerbs „Klimaneutrale Kommune“ steuert Emmendingen das Ziel der Klimaneutralität 2050 an. Das heißt, dass nur ein Zehntel der aktuell gemessenen Emissionen ausgestoßen werden sollen. Im Zuge des Wettbewerbes entstand 2011 ein Klimaschutzkonzept, das den Weg in eine klimafreundliche Zukunft ebnet. Der Ausbau regenerativer Energien, wie beispielsweise die Förderung von Solarstrom, die effiziente Nutzung von fossilen Energieträgern sowie die Senkung des Gebäudeenergiebedarfs sind einige der wichtigsten Schritte in Richtung klimaneutrale Kommune. Das neue kommunale Klimaschutzmanagement und eine EU- und Landesgeförderte Sanierungsoffensive für Wohngebäude tragen dazu bei, den Energiebedarf zu senken und die Wohnqualität zu erhöhen.

Mit dem Ausbau von Stadtbusverkehr und Radnetz stärkt die Stadt die umweltfreundliche Mobilität und Lebensqualität. Das Rad-

verkehrskonzept sieht vor, die Radinfrastruktur zu optimieren und sicherer zu gestalten, unter anderem durch die Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen in Baden-Württemberg e. V. (AG-FK-BW). Das Bestreben, die Stadt fahradfreundlicher zu gestalten, fügt sich ideal in den Klimaschutzplan Emmendingens.

Emmendingen nutzt Zuwander-Vorteile

Modernes Stadtmanagement erfordert fundierte und aktuelle Kenntnisse in allen kommunalrelevanten Gebieten. Für viele Städte ist es aus finanziellen Gründen nicht möglich, eigene kommunalbezogene Forschung und Fortbildung betreiben. Ohne entsprechendes Hintergrundwissen ist die Entscheidungsfindung jedoch erschwert. Hier setzt die Arbeit des Instituts an: Als Forschungsinstitut der deutschen Städte arbeitet das Difu praxisnah, berät Kommunen und unterstützt ihre Fortbildung. Die vom Difu initiierten Informationsnetzwerke dienen dem kommunalen Erfahrungsaustausch. Difu-Forschungsergebnisse werden den Städten stets zur Verfügung gestellt, oft sind die Difu-Zuwenderstädte selbst als Fallstudienstädte in die Studien einbezogen. Über hundert Städte sowie Regional- und Planungsverbände gehören zum Kreis der Difu-Zuwender. Sie nutzen die praxisorientierte Arbeit, die das Difu zu allen kommunalrelevanten Themen leistet. Auch Rat und Verwaltung der Stadt Emmendingen nutzen künftig durch den Beitritt die Difu-Expertise für Zuwander, u.a.:

- Zugang zu exklusiven Informationen: im Extranet sowie Exklusiv-Veranstaltungen
- Direktberatung
- Praxisorientierte Fortbildung in Berlin bzw. vor Ort zu Sonderkonditionen
- Die eigene Stadt als Fallstudienstadt
- Erfahrungsaustausch mit anderen Städten
- 24-Stunden-Zugang zu Difu-Datenbanken
- Difu-Neuerscheinungen kostenfrei

Last, but not least: Das Difu ist eine Solidarinstitution der deutschen Städte. Die Forschungstätigkeit und Mitwirkung des Instituts in vielen kommunalrelevanten Entscheidungsprozessen auf Bundesebene kommen allen Kommunen zugute. Daher ist die Difu-Förderung – unabhängig vom aktuellen Nutzen für die eigene Stadt – eine Investition in die Lösung kommunaler Aufgaben generell.

Weitere Informationen:
Sybille Wenke-Thiem
Telefon: 030/39001-209
E-Mail: wenke-thiem@difu.de

Abschied und Neubeginn

Julian Gerlach arbeitet seit Januar 2016 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsbereich Mobilität am Difu-Standort in Berlin. Er schloss den Bachelor-Studiengang in Geographie der Universität Trier ab und absolvierte den Masterstudiengang Humangeographie an der Universität Münster. Im Rahmen seiner Masterarbeit erforschte Gerlach die Potenziale der Elektromobilität im Kontext einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Bereits während des Studiums arbeitete er ab 2013 als studentische Hilfskraft zunächst zur Unterstützung der Difu-Institutsleitung und anschließend für den Arbeitsbereich Mobilität.

Cathrin Gudurat hat das Difu zum 30. Juni 2015 verlassen, um sich einem weiterführenden Hochschulstudium zu widmen. Sie war von März 2012 bis Juni 2015 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Projekt „Kompetenzzentrum Kommunaler Klimaschutz“ sowie im Folgeprojekt „Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK)“ beteiligt. Ihre Tätigkeiten umfassten die Konzeption und Durchführung zahlreicher Veranstaltungen für verschiedene kommunale Zielgruppen, Beratungsleistungen für Kommunen im Klimaschutz sowie die Erstellung von themenspezifischen Publikationen. Inhaltliche Expertise baute sie unter anderem im Themenfeld Klimaschutz in Industrie- und Gewerbegebieten auf.

Dr. Jasmin Honold ist seit Januar 2016 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Wirtschaft und Innovation am Standort Berlin tätig. Nach ihrem Studium der Psychologie (Diplom) an den Universitäten Frankfurt/Main und Amsterdam promovierte sie an der Humboldt-Universität zu Berlin im Rahmen des DFG-Graduiertenkollegs Stadtökologie III. Jasmin Honold forschte im Zusammenhang mit ihrer Dissertation und nachfolgenden Beschäftigungen zu den psychischen und sozialen Auswirkungen von städtischen Umweltbelastungen und urbaner Biodiversität sowie im Bereich Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Am Difu wird sie vor allem in Forschungsvorhaben mit Schwerpunkten der empirischen Sozial- und Wirtschaftsforschung mitarbeiten, unter anderem im Projekt „Monitor Nachhaltige Kommune“ und „Deutscher Nachhaltigkeitspreis für Städte und Gemeinden“. Zudem wird sie das Themenfeld „Kommunalstatistik“ betreuen.



Julian Gerlach
Foto: Difu



Dr. Jasmin Honold
Foto: privat

Linda Krampe verließ das Difu zum Jahresende und startet im neuen Jahr als Referentin im Umweltministerium NRW im Bereich Ländliche Räume. Sie hat von Juli 2012 bis Dezember 2015 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Kompetenzzentrum Kommunaler Klimaschutz“ sowie im Folgeprojekt „Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK)“ mitgearbeitet. Seit April 2014 war sie zudem Stellvertretung der Projektleitung. Schwerpunkte ihrer Arbeit waren die jährliche Weiterentwicklung der Kommunalrichtlinie und die Leitung der Beratungsleistungen des SK:KK.

Anna Lotta Nagel arbeitet seit August 2015 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im „Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK)“ im Arbeitsbereich Umwelt am Standort Berlin. Ihr Arbeitsschwerpunkt liegt im Bereich des kommunalen Klimaschutzes. Sie absolvierte den Bachelor-Studiengang Geographie und Meteorologie/Klimatologie in Freiburg i.Br., den Master of Research in Urban Studies erwarb sie in Amsterdam und zurzeit schließt sie den Masterstudiengang Geographie der Großstadt in Berlin ab. Nagel war zuvor für die Dauer von zwei Jahren als studentische Mitarbeiterin im SK:KK in Berlin sowie in Köln tätig.



Cathrin Gudurat
Foto: Jennifer Rumbach



Linda Krampe
Foto: Jennifer Rumbach



Anna Lotta Nagel
Foto: David Ausserhofer



Patricia Otto
Foto: David Ausserhofer



Roman Soike
Foto: Difu



Thomas Stein
Foto: David Ausserhofer



Daniel Willeke
Foto: David Ausserhofer

Patricia Otto hat von August bis Dezember 2015 den Arbeitsbereich Wissensmanagement verstärkt, nachdem sie bereits während ihres Studiums zur Bibliothekarin (B.A.) an der Fachhochschule Potsdam als studentische Mitarbeiterin für das Difu gearbeitet hatte. Ihr Tätigkeitsschwerpunkt lag bei der Ermittlung, Beschaffung und Erschließung wissenschaftlicher Medien für die ORLIS-Literaturdatenbank, den Volltextserver und die Bibliothek. Patricia Otto wendet sich künftig in der Staatsbibliothek Berlin neuen Aufgaben zu.

Roman Soike ist seit Mitte Februar 2016 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Infrastruktur und Finanzen tätig. Der Schwerpunkt seiner Arbeit liegt in der Auseinandersetzung mit dem digitalen Wandel in Städten und Regionen sowie den aktuellen Entwicklungen im Bereich „Smart City“. Soike studierte an der Technischen Universität Berlin Stadt- und Regionalplanung, in seiner Diplomarbeit beschäftigte er sich ebenfalls mit der „Smart City“. Vor seiner Tätigkeit am Difu war er als Mitarbeiter und Projektleiter in einem Schweizer Beratungsunternehmen angestellt, wo er insbesondere in Projekten der integrierten Stadtentwicklung und des kommunalen Klimaschutzes mitwirkte.

Thomas Stein arbeitet seit Oktober 2015 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsbereich Umwelt am Difu-Standort Berlin. Er absolvierte den Bachelor-Studiengang Kulturwissenschaften in Frankfurt/Oder und Nizza, sowie den Master-Studiengang Geographie der Großstadt in Berlin. Bereits während seines Studiums war er für das Difu beim Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz tätig und arbeitet auch weiterhin in diesem Projekt. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in den Themenfeldern Kommunaler Klimaschutz sowie Nachhaltige Mobilität.

Daniel Willeke Daniel Willeke verließ das Difu zum 31. Januar 2016, um der Gemeinde Uebigau-Wahrenbrück als Klimaschutzmanager bei praktischen Herausforderungen beratend und koordinierend zur Seite zu stehen. Er war von Anfang 2013 bis Juni 2015 als wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Projekten „Klimaschutzdialog“, „Kompetenzzentrum Kommunaler Klimaschutz“, dem Folgeprojekt „Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK)“ sowie „SPECIAL – Spatial Planning and Energy for Communities in all Landscapes“ beteiligt. Den Schwerpunkt seiner Tätigkeiten bildete die Unterstützung und Vernetzung von Klimaschutzmanagern in Kommunen sowie die gezielte und direkte Beratung kommunaler Akteure zu Finanzierungs- und Handlungsmöglichkeiten im Klimaschutz.

Auswahl neuer Veröffentlichungen im Difu-Inter- und -Extranet

Online-Publikationen, Seminardokus, Vorträge

Veröffentlichungen

Difu-Berichte Heft 1/2016

<http://www.difu.de/publikationen/difu-berichte-aktuell>

Erneuerbare Energien und Energieeffizienz in der kommunalen Planungspraxis

<http://bit.ly/1Toiru9>

Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe

<http://bit.ly/1XBaPVV>

Klimaschutz in der Stadt- und Regionalplanung

Erneuerbare Energien und Energieeffizienz in der kommunalen Planungspraxis
<http://bit.ly/1Toiru9>

Pendeln mit Rückenwind

(In Vorbereitung)
www.difu.de/publikationen

Klimaschutz & Fläche

<http://bit.ly/1QVqsYL>

Flüchtlinge und Asylsuchende – Aktuelle kommunale Fachliteratur

<http://bit.ly/23YKrJU>

KfW-Kommunalpanel 2015

<http://bit.ly/1QoK0yK>

Ausgezeichnete kommunale Projekte zum Nachahmen

<http://bit.ly/1O0VfLe>

Exemplary local government projects for emulation

<http://bit.ly/1Q4Q92q>

Veranstaltungsdokumentationen

Erfahrungsaustausch: Herausforderungen für kleine und mittlere Städte

25.–26. Februar 2016 in Berlin
<http://bit.ly/1TVvluG>

Starke Hochschulen – Starke Städte. Gemeinsame Zukunftsentwicklung durch Kommune und Wissenschaft

<http://bit.ly/1VB1Wds>

Herausforderungen und Lösungsansätze bei der Anschlussversorgung von Flüchtlingen

<http://bit.ly/1T2Bp9D>

Noch ein blinder Fleck in der Bildungslandschaft?

Bildung und Ausbildung für junge Flüchtlinge und Zuwanderer als Schlüssel für Integration
<http://bit.ly/1ZY7CiP>

Facebook, Twitter, Blogs und Co. – Umgang von Kommunen mit neuen Kommunikations- und Informationsmedien

<http://bit.ly/1RQwpx6>

Übergang von der Schule in den Beruf

<http://bit.ly/1nrVdHq>

Vorträge/Videos

Mehr Mitbestimmung in der Stadt. Chancen und Risiken von Volksentscheiden Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte

Von Stephanie Bock, Bettina Reimann Ricard Pätzold, Oliver Wiedmann und Tilman Heuser
<http://bit.ly/1KQU3QI>

Nicht ohne meine Nachbarn!? Interkommunale Kooperation in der Spreeregio

Von Ephraim Gothe
<http://bit.ly/1WmMeCV>

Zustand und Sanierungsbedarf von Straßenbrücken

Von Wulf-Holger Arndt
<http://bit.ly/1SnHCN7>

Bürgerticket – Königs- oder Holzweg? Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte

Von Jürgen Gies und Christian Maaß
Vorträge, Bild- und Videomaterial
<http://bit.ly/1QJZGB1>

Wohin geht die Entwicklung in den ländlichen und urbanen Räumen in der Bundesrepublik?

Von Tilman Bracher
<http://bit.ly/1JKXckH>



Infos im Difu-Extranet

Im Difu-Extranet sind Vorträge, Seminardokumentationen und -berichte, Veröffentlichungen, Videodokus und viele weitere kommunalbezogene Infos zu finden. Über die Difu-Homepage gelangen Zuwanderer an diese exklusiven Informationen über die Rubrik „Extranet“.

Ausschließlich Rat und Verwaltung aus Difu-Zuwandererstädten bzw. -Verbänden haben Zugang zum Difu-Extranet: www.difu.de/extranet/

Übersicht der Difu-Zuwanderer:
www.difu.de/institut/zuwander

Weitere Informationen:

Susanne Plagemann, M.A.
Telefon: 030/39001-274
E-Mail: plagemann@difu.de



Das Difu auf Facebook

Die Neuigkeiten aus dem Difu gibt es auch auf Facebook. Die Seite ist öffentlich zugänglich, auch ohne eigenen Facebook-Account.
<https://www.facebook.com/difu.de>

Weitere Informationen:

Sybille Wenke-Thiem
Telefon: 030/39001-209
E-Mail: wenke-thiem@difu.de



Foto: Doris Reichel

Difu aktiv-Ticker – Auswahl

Dr. Wulf-Holger Arndt hielt im Rahmen des 10. Bundeskongresses Öffentliche Infrastruktur am 8.12. in Berlin im Forum „Gutes Geld, schlechte Brücken“ den Einführungsvortrag „Zustand und Sanierungsbedarf von Straßenbrücken“.

Dr. Elke Becker wurde im November 2015 zum Mitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) berufen.

Christa Böhme wurde erneut in die Jury zum KfW-Award „Bauen und Wohnen“ berufen.

Tilman Bracher referierte auf der UN-Konferenz zum Klimawandel am 2.12. in Paris über „Cities, Transport and CO₂: How to approach the climate neutral mobility path“ und nahm an der Paneldiskussion „German Energy and Climate Strategy for Sustainable Urban Development“ teil. Am 25.11. trug er in Leipzig beim 6. Bundesweiten Forum der Nahverkehrsverbände zu „Herausforderungen des demografischen Wandels für den ÖPNV“ vor.

Prof. Dr. Arno Bunzel hielt am 16.11. auf der Veranstaltung „Naturschutz und Baurecht“ des Instituts für Städtebau Berlin den Vortrag „Die Doppelte Innenentwicklung – eine Strategie für eine urbane und ebenso grüne Innenentwicklung“ und referierte am 20.11. im Rahmen der „Münchner Gespräche zum Immobilienrecht 2015“ zu „Städtebauliche Verträge nach dem Berliner Modell. Ein Vorbild auch für München?“.

Dr. Holger Floeting hielt am 2.12. beim Fraunhofer-Institut für Naturwissenschaftlich-Technische Trendanalysen einen Vortrag über das Thema „Urbane Sicherheit“.

Dr. Thomas Franke moderierte am 17.11. ein Expertenhearing der Stadt Köln zum Thema „Erhaltungssatzung“ und hielt darüber hinaus einen Impulsvortrag zu „Gentrifizierung“.

Dr. Busso Grabow hielt am 5.11. in Berlin bei einem Workshop der Technologiestiftung Berlin „Urbane Produktion: Berliner Mischung 2.0“ die Keynote „Berlin Vision 2050“. Beim Forschungs- und Entwicklungszentrum „Nachhaltige Verwaltung: Kommunale Verwaltung nachhaltig gestalten“ referierte er am 19.1. bei der KPMG in Berlin über „Erfolgsfaktoren für ein kommunales Nachhaltigkeitsmanagement“.

Dr. Beate Hollbach-Grömig hielt am 5.11. in Lübeck beim Netzwerk21-Kongress einen Vortrag über „Nachhaltige Entwicklung unter den Bedingungen der Schrumpfung“.

Christine Krüger referierte am 12.11. auf der von IfR/SRL und GIZ organisierten Veranstaltung „Klima und Stadt; Große Aufgaben – Gute Beispiele“ zum Thema „Lokal Handeln: Städte und Regionen als Akteure für Klimaschutz und Klimafolgenanpassung“.

Dr. Jens Libbe hielt am 1.12. auf der „International Conference on Sustainable Water Management 2015“, Murdoch University, Perth, Australien, einen Keynote-Vortrag zu „Intelligent Water Infrastructure for the City of the Future – Developments in Germany“.

Gudrun Kirchhoff referierte am 3.12. auf der Tagung „Regionale Implikationen der Zuwanderung aus dem Ausland in Deutschland“ der DGD-Arbeitskreise „Städte und Regionen“ & „Migration – Integration – Minderheiten“ über „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten“. Zudem war sie am 20.1. beim „Zukunftsforum Ländliche Entwicklung 2016“ des BMEL auf der Grünen Woche in Berlin mit einem Vortrag zum Thema „Erfolgsfaktoren kommunaler Integrationskonzepte“ vertreten.

Am 9.12. wurde **Prof. Dipl.-Ing. Martin zur Nedden** von den Mitgliedern des Stiftungsrats und -vorstands der Stiftung Sächsischer Architekten zum neuen Vorsitzenden des Stiftungsrats gewählt. Er referierte am 25.11. in Berlin auf der „Urban Futures Conference“ der Fraunhofer Gesellschaft über „Stadt und Innovation – ein Widerspruch?“. Am 30.11. hielt er in Frankfurt/Oder den Vortrag „Einkreisung – Selbstverwaltung und Gestaltungsspielräume der Städte in Gefahr“. Am 10.12. nahm er auf der Jahreskonferenz der Metropolregion Mitteldeutschland Dessau-Roßlau an der Podiumsdiskussion zum Thema „Mobilität in Mitteldeutschland“ teil.

Dr. Darla Nickel hielt am 4. 11 im Rahmen der „Amsterdam International Water Week“ im Workshop „Managing Urban Water in the Cities of the Future“ den Vortrag „The perspective of research to applying the Urban Water Charter principles“.

Cornelia Rösler und **Luise Willen** moderierten am 25.11. in Düsseldorf eine Veranstaltung zum Thema „Krisenmanagement bei Umweltschadensfällen“.

Mediennachlese – Auswahl

30 Bürgermeister aus unterschiedlichen deutschen Städten [...] befinden sich zum Themenkomplex Nachhaltigkeit in Kommunen im engen Austausch miteinander. In der Studie „Städte auf Kurs Nachhaltigkeit“, die vom Deutschen Institut für Urbanistik im Auftrag des Nachhaltigkeitsrates erstellt wurde, geht es um konkrete Fallbeispiele aus den beteiligten Städten, die zeigen, dass sich etwas bewegt. [...] Visionen einer zukunftsfähigen Mobilität in der nachhaltigen Stadt orientieren sich laut Difu stark am Leitbild der „Stadt und Region der kurzen Wege“.
Bayerische Gemeindezeitung, 4.2.2016

Steinfurt gehört zu insgesamt neun ausgewählten Klein- und Mittelstädten im Osten und Westen der Bundesrepublik, die an einem vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) initiierten Projekt teilnehmen können, das Chancen und Möglichkeiten aufzeigen soll, wie das Zusammenleben der einheimischen Bevölkerung mit neu Zugewanderten verbessert werden kann. Es geht um sozial-räumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe. Sperrige Begriffe, die aber, und das haben die Difu-Wissenschaftler Gudrun Kirchhoff und Wolf-Christian Strauss deutlich gemacht, nicht nur mit Fragen der Sozialforschung, sondern insbesondere auch damit verknüpft sind, wie sich ganz konkrete Aktivitäten und Maßnahmen entwickeln lassen, den Zustrom von Flüchtlingen positiv für das gesamte Gemeinwesen zu nutzen. [...] **Steinfurter Kreisblatt 4.2.2016**

[...] Den Workshop des Deutschen Land-Frauenverbandes führte Gudrun Kirchhoff vom Deutschen Institut für Urbanistik mit Ergebnissen einer Studie ein: Danach zog es 2014 gut ein Viertel der Zuwanderer dauerhaft in Ballungszentren, nur elf Prozent, aber immerhin jeder Zehnte, ließen sich in ländlichen Räumen nieder, zwei Prozent davon in ostdeutschen. Als Barrieren machte die Wissenschaftlerin aus: geringe Siedlungsdichte, mangelhafte Verkehrsausstattung bei gleichzeitig hohem Mobilitätsbedarf (Wie komme ich zum Sprachkurs, zu den Behörden?), den schlechten Zugang zu Jobs, der vor allem junge Frauen trifft, sowie einen hohen Anpassungsdruck, intensive soziale Strukturen (Nachbarschaftsneugier!), latente oder gar offene Fremdenfeindlichkeit. Dagegen setzte sie auf die attraktive Habenseite: Asylbewerber kommen vorwiegend als Familien; sie werden in Kleinstädten schneller integriert. [...] **Bauernzeitung, 4/2016**

[...] Das Konzept wurde Ende der 90er-Jahre entwickelt. Vorher hatte die Politik vor allem auf bauliche Maßnahmen gesetzt, um soziale Verbesserungen in benachteiligten Gebieten zu bewirken. „Das Programm Soziale Stadt ist gestartet, als man merkte, dass man das so nicht hinkriegt“, sagt Thomas Franke vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu). Bauen als zentrale Hülle für alles andere spielt nach wie vor eine große Rolle, sagt er. „Beim Quartiersmanagement geht es aber auch um Grünflächen, Freizeitangebote, Bildung, das Zusammenleben und letztlich darum, dass die Individuen ihr Leben meistern können.“ [...] Scharnier zwischen Bürgern und Verwaltung sind die Quartiersmanager, in Berlin meist ein Dreierteam. „Sie sind Kümmerer, Motor und Transmissionsriemen, das Ohr am Boden des Quartiers“, sagt Thomas Franke. [...] **Der Tagesspiegel, 9.1.2016**

Keine Frage: Die Belebung der Innenstadt als städtebauliche Perle ist für Görlitz wichtig. Das als kommunales Ziel zu formulieren, lag damals auch im Trend. 2005 machte das Deutsche Institut für Urbanistik eine „Phase der Stadtentwicklung“ aus: „Dabei erfährt das Wohnen in der Innenstadt Aufmerksamkeit: Innenstadtnahe Quartiere werden als Wohnort nicht nur von einer bestimmten Lebensstilgruppe wiederentdeckt.“ Das Institut wertete für diese Erkenntnis Einwohnerbefragungen aus. Danach sei es „zunehmend die (gehobene) Mittelschicht, die innenstadtnahe Quartiere für sich entdeckt“. [...] **Sächsische Zeitung, 7.1.2016**

[...] Eine wesentliche Ursache ((für hohes Verkehrsaufkommen – Anm. d. Red.)) ist der hohe Sanierungsstau auf Deutschlands Straßen. Allein für die Kommunen, die von Verkehrsstau ganz zentral betroffen sind, errechnet das Deutsche Institut für Urbanistik für das KfW-Kommunalpanel 2015 nur für die Straßen und Verkehrsinfrastruktur einen Investitionsstau von 35 Milliarden Euro. Was für die Kommunen zutrifft, gilt auch für die Verkehrsinfrastruktur, für welche Bund und Länder zuständig sind. Auch hier ist der Rückstau an Investitionen enorm. Es fehlt am nötigen Geld. [...] **DEMO, 1-2/2016**

Die Gemeinde Sylt ist als eine von bundesweit sechs Kommunen ausgewählt worden, die an einem Planspiel des Bundesbauministeriums zur Novellierung des Baugesetzbuches teilnehmen. [...] Mit der Durchführung des Planspiels wurde das Deutsche Institut für Urbanistik beauftragt. Der zeitliche Ablauf des Planspiels hängt vom Ver-



Berichte

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Deutschen Instituts für Urbanistik

Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik
Zimmerstraße 15, 10969 Berlin

Redaktion

Yannick Ecker (stud. Mitarbeiter),
Luisa Müller (stud. Mitarbeiterin),
Cornelia Schmidt (Red.-Assist.),
Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.)

Layout + DTP

Elke Postler

Buchbestellung (bitte schriftlich):

Telefax: 030/39001-275
E-Mail: vertrieb@difu.de
Telefon: 030/39001-253

Redaktionskontakt und Berichte-Verteiler

Difu-Pressestelle
Telefon: 030/39001-208/-209
Telefax: 030/39001-130
E-Mail: presse@difu.de

Difu online:

<http://www.difu.de>
<https://www.facebook.com/difu.de>

Jahrgang/Erscheinungsweise

Jahrgang 42/vierteljährlich
Stand: 17. Februar 2016

ISSN

ISSN 1439-6343

Lesbarkeit

Nur zur einfacheren Lesbarkeit und aufgrund des wenigen verfügbaren Platzes verzichten wir darauf, männliche *und* weibliche Schreibformen zu verwenden.

Druck

Gedruckt auf umweltfreundliches Papier ohne optische Aufheller; holz- und chlorfrei.

Abdruck

Frei, bei Nennung der Quelle. Belegexemplar/-Link/-PDF an die Difu-Pressestelle erbeten: presse@difu.de oder per Post, s.o.

lauf des Gesetzgebungsverfahrens ab, der Entwurf wird gegenwärtig im zuständigen Ministerium beraten. [...] Außer der Gemeinde Sylt nehmen laut Auskunft von Difu-Bereichsleiter Arno Bunzel die Städte Tübingen, Bamberg, Leipzig und Köln sowie die Inselgemeinde Zingst auf Rügen an dem Planspiel teil. **Hallo Sylt, 26.12.2015**

[...] Bildung ist Ländersache, für die Gebäude sind jedoch die Kommunen zuständig. Sie entscheiden in der Regel auch, welche Schulgebäude saniert werden oder wo ein Neubau entsteht. „Jedes Jahr befragen wir die Kämmerer, wie sie die Situation einschätzen“, erklärt Stefan Schneider vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu). Befragt werden fast 3800 Gemeinden und Kreise mit mehr als 2000 Einwohnern. „Für 2014 machten die Kämmerer im Schulbereich einen Investitionsrückstand von 32 Milliarden Euro aus“, berichtet Schneider. In den Haushalten für 2015 seien aber lediglich fünf Milliarden Euro für die Sanierung und den Bau von Schulen eingeplant gewesen. [...]

Süddeutsche Zeitung, 4.12.2015

[...] Allerdings hat der Spaß beim Pedelec-fahren auch für Pendler Grenzen. Die liegen beim Fahren mit Motor bei etwa 15 Kilometer. Dann sei das Reisezeitbudget erschöpft und die Pendler wollten ankommen – andernfalls nutzten sie lieber das Auto, sagt Martina Hertel vom Deutschen Institut für Urbanistik (difu), die die Studie wissenschaftlich begleitet. Die Ergebnisse zeigen laut Hertel außerdem: „Das Pedelec eignet sich als Allwetterfahrzeug.“ Bei Sonnenschein oder bedecktem Himmel legten die Teilnehmer im Schnitt 56 Prozent all ihrer Wege mit dem Rad zurück. Bei Regen, Gewitter, Hagel oder Schnee reduziert sich dieser Anteil nicht auf null, sondern auf 31 Prozent der Wege.

[...] In etwa drei Monaten präsentiert die Senatsverwaltung die endgültigen Ergebnisse. <http://bit.ly/1LURFBS>, **ZEIT ONLINE, 4.12.2015**

[...] Wohneigentum erleichtert zudem die Integration der zu uns kommenden Menschen. In den letzten Jahren haben immer mehr Haushalte mit Migrationshintergrund in Deutschland selbstgenutztes Wohneigentum gebildet. Das zeigt eine im Auftrag des Bauministeriums vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) vorgenommene Untersuchung für die Jahre 2012 bis 2014. In städtischen Regionen wird danach anteilig sogar häufiger Wohneigentum geschaffen als in Haushalten ohne Migranten. Benachteiligte Quartiere werden laut Difu durch die Wohneigentumsbildung stabilisiert. Positive Wechselwirkungen zwischen Eigentumser-

werb und Quartiersentwicklung sind danach „vor allem in Quartieren festzustellen, die Entwicklungsbedarf haben, als benachteiligt eingestuft werden oder um eine Zukunftsperspektive ringen“. [...] **rathausconsult, 4/15**

6.612 Menschen aus 1.1017 Städten und Gemeinden nahmen an einer vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) durchgeführten Umfrage zur ihrer Vision vom Wohnen in einer Zukunftsstadt teil. [...] In der Umfrage wurde die Bedeutung von Grünflächen für die Stadt der Zukunft deutlich: 84,6% der Befragten betonten die Relevanz von Grünanlagen und Parks. [...] Auch beim Thema Mobilität spielte Umweltbewusstsein eine Rolle: Mit 47% möchten fast die Hälfte aller Befragten künftig am liebsten mit dem Fahrrad oder Elektrofahrrad unterwegs sein. [...] Ziel der nicht repräsentativen Difu-Umfrage war es, ein Stimmungsbild aus der Bevölkerung zu Wünschen und Visionen für die Stadt der Zukunft zu erhalten. [...]

Die Wohnungswirtschaft, 12/2015

[...] Die Kommunalrichtlinie, die der Bund 2008 auf den Weg gebracht hat, ist das zentrale Förderinstrument der Bundesregierung für Klimaschutz auf kommunaler Ebene. Von 12000 Städten und Gemeinden in der Bundesrepublik haben seither 3000 Kommunen für fast 8000 Projekte Zuschüsse von insgesamt 256 Millionen Euro erhalten. [...] Christine Krüger vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) sieht die Zahl der Förderprojekte nur als ein Indiz für das tatsächliche Engagement. Darüber hinaus finanzierten viele Gemeinden Klimaschutzinitiativen aus eigenen Mitteln. „Wir beobachten, dass es bei dem Thema eine gewisse Konjunkturabhängigkeit gibt“, sagt die Expertin. „Sobald die Bundesregierung dem Klimaschutz hohe Priorität beimisst, ist es für die Kommune auch auf lokaler Ebene leichter, das Thema nach vorne zu bringen.“ [...] Nach Krügers Beobachtung wünschen sich viele Kommunalbeamte und Aktive, dass Klimaschutz zur Pflichtaufgabe für Gemeinden wird. [...]

Stuttgarter Zeitung, 16.11.2015

[...] Wo die Sanierung nicht mehr möglich ist, sind Abriss und Neubau angesagt. Verkehrsexperten des Deutschen Instituts für Urbanistik schätzen, dass in den nächsten Jahren bundesweit mehr als 10.000 Straßenbrücken – manche davon stammen sogar noch aus der Kaiserzeit – wegen gravierender Bau- und Korrosionsschäden komplett erneuert werden müssen. Der allein daraus ermittelte Investitionsbedarf beläuft sich bis zum Jahr 2030 auf rund 16 Milliarden Euro. [...]

Die Welt, 13.11.2015

Rechnungsadresse:

Versandkostenpauschale: innerhalb Deutschlands bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen). Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei.

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

Telefon/Telefax:

E-Mail:

Datum/Unterschrift:

Lieferadresse, nur ausfüllen falls abweichend von der Rechnungsadresse:

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf (erscheint kostenfrei alle ein bis zwei Monate und enthält Links zu neuen Inhalten im Difu-Webangebot).

Difu-Impulse**__ Expl. Vom Energiebeauftragten zum Energiemanagement**

NEU

Dokumentation des 20. Deutschen Fachkongresses für kommunales Energiemanagement am 27./28. April 2015 in Hannover
Cornelia Rösler (Hrsg.)
Bd. 3/2016. 186 S., Schutzgebühr 20,- Euro
ISBN 978-3-88118-570-7

__ Expl. Wege zu nachhaltiger Mobilität

NEU

Ergebnisse aus transnationaler Forschung unter der „Era-net Transport“-Initiative „Stepping Stones“
Jürgen Gies und Uta Bauer (Hrsg.)
Bd. 2/2016. 200 S., Schutzgebühr 20,- Euro
ISBN 978-3-88118-569-1

__ Expl. Elektromobilität: im Spannungsfeld technologischer Innovation, kommunaler Planung und gesellschaftlicher Akzeptanz

Nadine Appelhans, Jürgen Gies, Anne Klein-Hitpaß (Hrsg.)
Bd. 1/2016. 138 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-544-8

__ Expl. Umweltverträglicher Wirtschaftsverkehr in Städten. Wer und was bringt's wirklich?

Dokumentation der Fachtagung „kommunal mobil“
Wulf-Holger Arndt (Hrsg.)
Bd. 6/2015. 160 S., Schutzgebühr 20,- Euro
ISBN 978-3-88118-548-6

__ Expl. Nutzung von oberflächennaher Geothermie im urbanen Raum

Maic Verbücheln (Hrsg.)
Bd. 5/2015. 98 S., Schutzgebühr 15,- Euro
ISBN 978-3-88118-547-9

__ Expl. Mehr Wirkungsorientierung in Kommunen

Bedingungen für eine veränderte politisch-administrative Steuerung
Von Stefan Schneider
Bd. 4/2015. 200 S., Schutzgebühr 23,- Euro
ISBN 978-3-88118-545-5

__ Expl. Funktion und Gestaltung von Haupt(verkehrs-)straßen mit Schwerpunkt Innenstadt

Von Wulf-Holger Arndt
Bd. 3/2015. 98 S., Schutzgebühr 15,- Euro
ISBN 978-3-88118-546-2

__ Expl. Kommunale Impulse für Nachhaltiges Wirtschaften

Deutscher Städtetag (DST) und Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) (Hrsg.)
Bd. 1/2015. 68 S., zahlreiche Fotos,
Schutzgebühr 15,- Euro, ISBN 978-3-88118-538-7

Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe**__ Expl. Zukunftsfähige Hilfen zur Erziehung zwischen Einzelfallhilfe und Lebensweltorientierung**

AGFJ im Difu (Hrsg.)
2016. Bd. 101, 158 S., 19,- Euro
ISBN: 978-3-88118-557-8

__ Expl. Wissen, was wirkt!

Wirkungsforschung und Evaluation in den Hilfen zur Erziehung – Praxiserfahrungen und Impulse
AGFJ im Difu (Hrsg.)
2015. Bd. 100. 166 S., 19,- Euro, ISBN 978-3-88118-556-1

__ Expl. Angekommen in Deutschland. Und nun?

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Kinder- und Jugendhilfe, Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik (Hrsg.)
2015. Bd. 99. 290 S., 19,- Euro, ISBN 978-3-88118-555-4

Difu-Papers (für Difu-Zuwender auch als PDF)**__ Expl. Kommunale Wohnraumförderung in Deutschland – eine Momentaufnahme**

NEU

Von F. Frölich von Bodelschwingh und R. Pätzold
2015. Ca. 28 S., Schutzgebühr 5,- Euro (in Vorbereitung)

__ Expl. „Ich bleibe hier“: Daten und Fakten zur Wohneigentumsbildung von Zuwanderern

Von Bettina Reimann, Beate Hollbach-Grömig und Detlef Landua
2015. 32 S., Schutzgebühr 5,- Euro

Edition Difu – Stadt Forschung Praxis**__ Expl. Sicherheit in der Stadt**

Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele – Internationale Erfahrungen
Holger Floeting (Hrsg.)
2015. Bd. 14. 392 S., zahlreiche Abbildungen,
39,- Euro, ISBN 978-3-88118-534-9

__ Expl. Orientierungen für kommunale Planung und Steuerung – Ein Handlungsleitfaden

Jens Libbe unter Mitarbeit von Klaus J. Beckmann (im Auftrag der Wüstenrot Stiftung)
2014. Bd. 13. 212 S., 29,- Euro
ISBN 978-3-88118-529-5

__ Expl. Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch

Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage.
Mit Berücksichtigung der BauGB-Novelle 2013
Von A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-Eichstaedt
2013. Bd. 12. 466 S., 39,- Euro
ISBN 978-3-88118-508-0

Rechnungsadresse:**Versandkostenpauschale:** innerhalb Deutschlands bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen). Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei.

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

Telefon/Telefax:

E-Mail:

Datum/Unterschrift:

Lieferadresse, nur ausfüllen falls abweichend von der Rechnungsadresse:

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

 Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf (erscheint kostenfrei alle ein bis zwei Monate und enthält Links zu neuen Inhalten im Difu-Webangebot).**Expl. Nicht weniger unterwegs – sondern intelligenter?**

Neue Mobilitätskonzepte
Klaus J. Beckmann und Anne Klein-Hitpaß (Hrsg.)
2013. Bd. 11. 320 S., zahlreiche Abbildungen,
39,- Euro, ISBN 978-3-88118-521-9

Zeitschriften**Expl. Stadt und Jugendkulturen**

Informationen zur modernen Stadtgeschichte
IMS, Halbjahresschrift, Heft 2/2015
176 S., Einzelheft 12,- Euro,
Jahresabo (zwei Hefte) 19,- Euro

Expl. Stadt und Infrastruktur

Informationen zur modernen Stadtgeschichte
IMS, Halbjahresschrift, Heft 1/2015
192 S., Einzelheft 12,- Euro,
Jahresabo (zwei Hefte) 19,- Euro

Difu-Arbeitshilfen**Expl. Datenschutz und Informationsfreiheit in der Kommune**

4., völlig neu bearbeitete Auflage
Von Martin Zilkens
2014. 208 S., inklusive Checklisten und Muster, 30,- Euro
ISBN 978-3-88118-536-3

Expl. Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch

3. Auflage unter Berücksichtigung des
Innenentwicklungsgesetzes 2013
A. Bunzel (Hrsg.), von A. Strunz, M.-L. Wallraven-Lindl
2013. 172 S., zahlreiche Satzungsmuster, 29,- Euro
ISBN 978-3-88118-526-4

Expl. Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007

Muster, Tipps und Hinweise
Von Marie-Luis Wallraven-Lindl, Anton Strunz, Monika Geiß
2011. 2., aktualisierte Auflage, 224 S., 35,- Euro
ISBN 978-3-88118-498-4

Expl. Städtebauliche Gebote nach dem Baugesetzbuch

A. Bunzel (Hrsg.), von M.-L. Wallraven-Lindl, A. Strunz
2010. 188 S., 30,- Euro, ISBN 978-3-88118-486-1

Sonderveröffentlichungen (teilweise auch/nur als Download)**Expl. Pendeln mit Rückenwind**

NEU
PDF
Ein Praxisleitfaden zu Pedelecs & Co. für Kommunen,
Unternehmen und private Haushalte
Von Martina Hertel u.a.
2016. 40 S., **in Vorbereitung**
Download: www.difu.de/publikationen

Expl. Klimaschutz & Fläche

NEU
PDF
Bodenschutz und Flächenmanagement für erfolgreichen
kommunalen Klimaschutz
SK:KK (Hrsg.) 2016. 88 S., kostenlos, in Vorbereitung
Download: <http://bit.ly/1RjIdfn>

Erneuerbare Energien und Energieeffizienz in der kommunalen Planungspraxis

NEU
PDF
Maic Verbücheln und Susanne Dähler (Hrsg.)
2016. 168 S.
Download: <http://bit.ly/1Toiru9>

Ausgezeichnete kommunale Projekte zum Nachahmen

NEU
PDF
Wettbewerb: Kommunalen Klimaschutz 2012–2014
SK:KK (Hrsg.)
Kommunalen Klimaschutz beim Difu (Hrsg.)
2015. 34 S., Download: <http://bit.ly/1O0VFle> (dt. Fassung),
<http://bit.ly/1Q4Q92q> (english version)

KfW-Kommunalpanel 2015

NEU
PDF
Von Stefan Schneider, Busso Grabow, Detlef Landua
Hrsg. KfW Bankengruppe
2015. 101 S., Download: <http://bit.ly/1KJEhBx>

Nutzungsmischung und soziale Vielfalt im Stadtquartier – Bestandsaufnahme, Beispiele, Steuerungsbedarf

PDF
Von M. zur Nedden, A. Bunzel, R. Pätzold, W.-C. Strauss
2015. 138 S., Download: <http://bit.ly/1Otmh1S>

Ein Tag in deiner Stadt der Zukunft

PDF
Ergebnisse aus der Difu-Umfrage im Rahmen der
Ausstellung „Zukunftsstadt“ im Wissenschaftsjahr 2015
Von Jan Walter, Lara Falkenberg, Marco Peters
2015. 18 S., Download: <http://bit.ly/1RYuifW>

KommAKlima – Hinweise 4 und 7

PDF
Kommunale Strukturen, Prozesse und Instrumente zur
Anpassung an den Klimawandel in den Bereichen Planen,
Umwelt und Gesundheit
Difu (Hrsg.), BMUB (Auftraggeber)
2015. 65 S./11 S.,
Downloads: <http://bit.ly/1gw1rCC> (Hinweise 4)
<http://bit.ly/1J5Pa32> (Hinweise 7)

Transnationale Perspektiven für den Mittelstand

PDF
Wie Interreg B kleine und mittlere Unternehmen unterstützt
Von Beate Hollbach-Grömig, Holger Floeting und
Daniel Zwicker-Schwarm, BBSR (Hrsg.)
2015. 36 S., vierfarbig
Bestellung der Printfassung: Beatrix.Thul@bbr.bund.de,
Stichwort „KMU“, Download: <http://bit.ly/1Fhna0>